

Stenographisches Protokoll

7. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Dienstag, 7. Juni 1994

Inhalt

Fragestunde (S. 110).

Erklärung des Vorsitzenden (S. 122)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 122), Dr. Ambrozy (S. 123)

Erklärung des Vorsitzenden (S. 123)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Ambrozy (S. 123)

Erklärung des Vorsitzenden (S. 124)

Befragung des Landtages gemäß § 10 Abs. 3 GO (S. 124)

Tagesordnung:

1. Ldtgs.Zl. 6-1/27:

Wahl des Landeshauptmannes gemäß Art. 43 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 124)

2. Ldtgs.Zl. 7-1/27:

Angelobung des Landeshauptmannes gemäß Art. 44 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Redner: Dr. Strutz (S. 125), Dipl.-Ing. Dr. Traußnig (S. 128),

Ordnungsruf (S. 131)

Koncilia (S. 131), Dr. Hofer (S. 133)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 133)

Erklärung des Vorsitzenden (S. 133)

3. Ldtgs.Zl. 8-1/27:

Wahl des 1. und 2. Landeshauptmann-Stell-

vertreters gemäß Art. 43 Abs. 2 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 134)

4. Ldtgs.Zl. 9-1/27:

Wahl der Landesräte und der Ersatzmitglieder der Mitglieder der Landesregierung gemäß Art. 43 Abs. 3 und 4 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 135)

5. Ldtgs.Zl. 10-1/27:

Angelobung der Mitglieder der Landesregierung und ihrer Ersatzmitglieder gemäß Art. 44 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 137)

6. Ldtgs.Zl. 2-2/27:

Angelobung von Mitgliedern des Landtages gemäß Art. 22 der Landesverfassung für das Land Kärnten (S. 138)

Einstimmige Annahme des Antrages TOP 7, Ldtgs.Zl. 4-2/27, Nachwahl von Obmännern und Mitgliedern der Ausschüsse, von der Tagesordnung abzusetzen und auf die nächste Sitzung zu verschieben (S. 138)

8. Ldtgs.Zl. 12-1/27:

Erklärung des neugewählten Landeshauptmannes (S. 138)

Klubanzeigen:

Ldtgs.Zl. 12-3/27:

Klubanzeige der ÖVP (S. 147)

Mitteilung des Einlaufes

Anträge von Abgeordneten (S. 147)

Beginn: Dienstag, 7.6.1994, 10.03 Uhr

Ende: Dienstag, 7.6.1994, 14.47 Uhr

Unterbrechung: Dienstag, 7.6.1994, 11.05 Uhr bis 11.37 Uhr

Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr

Stenographisches Protokoll

Vorsitz: Erster Präsident **Unterrieder**,
Zweiter Präsident **Mitterer**, Dritter Präsident
Dkfm. Scheucher

Anwesend: 36 Abgeordnete

Mitglieder des Bundesrates:
Pfeifer, Ing. Kerschbaumer, Dr. Harring,
Dr. Prasch, Ing. Eberhard

Am Regierungstisch: Landes-
hauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-
Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (bis zur Wahl),
Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausser-
winkler** (ab seiner Wahl), Landeshauptmann-
Stellvertreter **Ing. Reichhold**, Landesrat
Schiller (bis zur Wahl), Landesrat **Dr. Haller**
(ab seiner Wahl), Landesrat **Dipl.-Ing. Freun-
schlag**, Landesrätin **Achatz**, Landesrat

Lutschounig (ab seiner Wahl);

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdi-
rektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

Schriftführer: Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder**
(SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich begrüße Sie zur 7. Sitzung des Kärntner Landtages. Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren Journalisten und die anwesenden Damen und Herren auf der Galerie.

Vor Beginn einer jeden Landtagssitzung ist eine Fragestunde abzuhalten.

Fragestunde

1. Ldtgs.Zl. 18/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Koncilia an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Diskussion in der Öffentlichkeit über die Abstimmung Österreichs zum Beitritt zur EU hat viele Facetten. Eine dieser Facetten ist die Diskussion über die Frage der Arbeitsmarktsituation bzw. der Arbeitsplätze. Es gibt bei den verschiedenen Diskussionen die unterschiedlichsten Auffassungen.

Ich darf Sie daher fragen: Welche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind durch einen EU-Beitritt Österreichs von unserer Seite aus zu erwarten? (3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Positive!*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**
(SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Anfrage erlaube ich mir,

einleitend darauf hinzuweisen, daß im Zusammenhang mit der Debatte um den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union immer wieder darauf hingewiesen wird, daß Österreich einer Gemeinschaft beizutreten wünscht, deren Arbeitslosenrate weit über den österreichischen Werten liegt, womit die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der österreichischen Arbeitsmarktsituation gegeben wäre. In diesem Zusammenhang scheinen mir folgende Hinweise sinnvoll:

1. Österreich verfügt in der Beschäftigungspolitik in den letzten Jahrzehnten über einen weitaus besseren Leistungsausweis als die meisten EU-Staaten. Ursache hierfür war die explizite Orientierung der Wirtschaftspolitik auf das Beschäftigungsziel in den Wirtschaftskrisen Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre und das erfolgreiche Ausnutzen bestehender Handlungsspielräume zu Beginn der 90er Jahre. Der Erfolg der österreichischen Beschäftigungspolitik bestand in einer Verbindung der positiven Effekte der wirtschaftlichen Integration mit einem institutionellen Rahmen, der in zentralen Bereichen den Handlungsspielraum für die Wirtschaftspolitik schuf.

Dr. Ambrozy

2. Österreich weist zwar im Vergleich zum Durchschnitt der EU-Länder ein sehr niedriges Niveau an Arbeitslosigkeit auf, doch differieren auch innerhalb der EU die nationalen und regionalen Arbeitslosenquoten und -raten enorm. Als positives Beispiel kann in diesem Zusammenhang Baden-Württemberg zitiert werden, wo es insbesondere im Maschinenbau gelang, Kooperationen zwischen Wirtschaftspolitik, universitärer Forschung, Unternehmen und Gewerkschaften zu organisieren oder die Region Emiglia Romana, wo Kooperationen vor allen Dingen zwischen Klein- und Mittelbetrieben fruchtbringend waren. Der Weg einzelner erfolgreicher Regionen und Staaten ist vielfältig und selten miteinander vergleichbar. Von grundsätzlich entscheidender Bedeutung für einen beschäftigungspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Erfolg scheint allerdings wieder ein kooperatives institutionelles Umfeld zu sein.

3. Die einzelnen Volkswirtschaften der EU-Länder als auch der Nicht-EU-Länder sind durch einen regen wohlfahrtsteigernden Außenhandel enorm miteinander verflochten. Wirtschaftliche Ereignisse in einem Land haben weitgehende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Ländern. Gerade kleine Länder, somit auch Österreich bzw. Kärnten, müssen die Konjunktorentwicklung in den großen Nachbarstaaten als nicht beeinflussbare, aber für sie jedoch entscheidende Größe hinnehmen.

4. Unter Zugrundelegung einer intensiven Außenhandelsverflechtung, bei der der Importanteil und der Exportanteil jeweils zirka 40 % des Bruttoinlandsproduktes betragen, erstaunt es nicht, daß die Wirtschaftsentwicklung Österreichs wesentlich von der Konjunktorentwicklung in Europa, vor allem in Deutschland, insbesondere jedoch in der gesamten Europäischen Union abhängt. Eine Beeinflussung externer Signale kann in Österreich nicht erfolgen, lediglich eine Abschwächung solcher Maßnahmen kann im innerstaatlichen Bereich vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Erfahrungen der Rezession 1993 zu verdeutlichen, wonach diese Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik Deutschland zu einem

negativen Wachstum in Österreich, zu einem Rückgang der Exporttätigkeit um fast 4 %, zu einem Rückgang der Industrieproduktion um 3 % und zu einem unmittelbar mit Ihrer Fragestellung im Zusammenhang stehenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen um rund 30.000 Personen geführt hat, obwohl die österreichische Wirtschaftspolitik mit konsumstabilisierenden Maßnahmen, mit Infrastrukturinvestitionen und mit maßvollen Lohnabschlüssen gegensteuerte bzw. gegenzusteuern versuchte. Eine eigenständige Konjunkturpolitik kann aufgrund der Verflochtenheit der internationalen Wirtschaft von kleinen Nationalstaaten - und dazu ist zweifellos auch Österreich zu zählen - nicht mehr autonom gemacht werden. Selbst große Länder tun sich hier einigermaßen schwer, wie die Erfahrungen Frankreichs in den 80er Jahren zeigen. Eine positive Konjunkturpolitik kann heute in wirksamer Weise vor allem nicht nur auf europäischer Ebene über eine Koordination internationaler Wirtschaftspolitiken erfolgen. Insbesondere Kleinstaaten sind auf diese Koordination und auf ihr Mitspracherecht bei der wirtschaftspolitischen Orientierung der Union angewiesen.

5. Zukünftig bedarf es einer stärkeren Koordinierung von Regionalpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Industriepolitik und Infrastrukturpolitik. Ein Beitritt zur Europäischen Union sollte als Anstoß dafür verwendet werden, im größeren Ausmaß regionale Entwicklungspläne zu schaffen. Letztendlich geht es um die Verbindung immaterieller und materieller Infrastrukturinvestitionen, um die Attraktivität der Standorte zu erhöhen und somit zu einem sozialen attraktiven Angebot für die Beschäftigten zu kommen.

6. Meiner Ansicht nach verringert ein Beitritt zur Europäischen Union nicht die Möglichkeit, auf lokaler und regionaler oder Branchenebene eine koordinierte Beschäftigungspolitik zu betreiben. Die europäische Wirtschaftsentwicklung bleibt in jedem Fall eine entscheidende Determinante für die österreichische Beschäftigungsentwicklung. Ein Beitritt zur Europäischen Union würde die Möglichkeit eröffnen, auf der europäischen Ebene der Beschäftigungspolitik wieder einen

Dr. Ambrozy

bedeutenderen Einfluß einer gestaltenden Wirtschaftspolitik geltend zu machen.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen erlaube ich mir nun, auf die Arbeitsmarktlage bzw. die Auswirkungen auf diese bei einem EU-Beitritt einzugehen. Für Österreich kann die Arbeitslosenquote im April 1994 mit 6,8 % festgestellt werden. In Kärnten beträgt dieser Wert laut dem letzten Monatsbericht des Landesarbeitsamtes Kärnten über die Arbeitsmarktlage im April 1994 8,3 %. Im Vormonat waren es 9 %, im Vorjahresmonat 8,6 %.

Ein Vergleich mit der Arbeitslosenquote von OECD-Ländern kann nicht angestellt werden, da einerseits die Berechnung der Beschäftigten anders durchgeführt wird und andererseits die Berechnungsmethode der OECD auf die einzelnen Bundesländer, also auch auf Kärnten, nicht anwendbar ist. Mit ist jedoch eine Statistik bekannt, welche die Arbeitslosenrate für die einzelnen OECD-Länder und auch Österreich nach OECD-Berechnungsweise darstellt. Nach dieser Studie betrug bzw. beträgt die Arbeitslosenrate in der Europäischen Union 10,3 % und in Österreich 3,6 %. Das war im Jahre 1992. 1993 sind es in der Europäischen Union 11,3 %, in Österreich 4,8 %. Die Arbeitslosenrate wird voraussichtlich 1994 in der Europäischen Union 12 % und in Österreich 5,3 % betragen.

Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur Beseitigung von Strukturproblemen in betroffenen Bereichen und Regionen - zu diesen ist zweifelsohne teilweise auch Kärnten zu zählen - setzt die Europäische Union den Europäischen Sozialfonds, den Regionalfonds und den Landwirtschaftsfonds ein. Diese drei Fonds sollen zur Erreichung folgender Ziele, welche in der letzten Zeit bereits ausführlich in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, beitragen:

Das Ziel Nummer 1: Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand.

Ziel Nummer 2: Umstellung der Regionen, die von rückläufiger industrieller Entwicklung schwer betroffen sind.

Ziel Nummer 3: Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sowie Förderung der Integration

Jugendlicher und der Frauen ins Erwerbsleben, Erleichterung der Eingliederung der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt Bedrohten ins Erwerbsleben.

Ziel Nummer 4: Förderung von Arbeitnehmern, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind und die dem industriellen Wandel sowie Veränderungen der Produktionssysteme ausgesetzt sind.

Ziel Nummer 5 a): Anpassung der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der Land- und Forstwirtschaft und

Ziel Nummer 5 b): Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes.

Die Zielbereiche 3, 4 und 5 a) haben generelle Geltung für die gesamte Europäische Union und somit auch für Österreich und damit für Kärnten. Darüber hinaus sind für Kärnten die Ziele 2 und 5 b) von Bedeutung. Insgesamt sind für die Ziel-2- und 5-b)-Gebiete in Österreich für den Zeitraum 1995 bis 1999 von der Europäischen Union insgesamt 1,439 Millionen ECU zugesagt worden. Die Zeitspanne von fünf Jahren beruht darauf, daß die Regionalförderung der Europäischen Union nicht in der Unterstützung von zahllosen Einzelmaßnahmen (Gießkannenförderung), sondern vielmehr in Form integrierter mehrjähriger Programme erfolgt. Derzeit werden in Kärnten bereits die Konzepte für die einzelnen Zielgebiete ausgearbeitet und es ist beabsichtigt, auch bereits konkrete Umsetzungsprogramme mit detaillierten Projekten zu erarbeiten.

Ohne den endgültigen Verhandlungen vorgreifen zu wollen, kann für Kärnten festgehalten werden, daß bis auf den Kärntner Zentralraum, im wesentlichen Stadt und Umgebung von Klagenfurt und Villach, das restliche Landesgebiet als Ziel-5-b)-Gebiet, also als ländliches Gebiet, mit Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes definiert, und innerhalb des Kärntner Zentralraumes darüber hinaus auch gewisse Gebiete als Ziel-2-Gebiet, Industrieregionen mit rückläufiger Entwicklung, festgelegt werden sollen.

Bei einem EU-Beitritt Österreichs würde Österreich für den Einsatz von zusätzlichen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von der Europäischen Union von 1995 bis 1999 rund 4,5 Milliarden Schilling jährlich erhalten. Wie

Dr. Ambrozy

die Erfahrung der jüngsten Beitrittsländer Spanien, Portugal und Griechenland zeigt, ist es z. B. in Spanien zu einem Infrastrukturboom gekommen, wobei insbesondere die Bauwirtschaft einen enormen Aufschwung erfahren hat.

Durch das Europaabkommen der Koalitionsparteien wurde bereits festgelegt, daß für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und für Soziales etwa 1,5 Milliarden Schilling jährlich eingesetzt werden sollen. Diese 1,5 Milliarden Schilling sollen schwerpunktmäßig für folgende Bereiche, an denen die Länder und damit auch Kärnten im entsprechenden Ausmaß mitbeteiligt werden, eingesetzt werden: 210 Millionen Schilling für die Fortsetzung der mit der Strukturmilliarde begonnenen Qualifizierungsoffensive, wobei die Abwicklung über das Arbeitsmarktservice erfolgen soll. 870 Millionen Schilling für Höherqualifizierung, berufliche Neuorientierung und Umschulung von Arbeitnehmern aus dem vom EU-Beitritt betroffenen Branchen sowie für Arbeitsstiftungen und für solche Arbeitnehmer, Abwicklung wiederum über das Arbeitsmarktservice. 290 Millionen Schilling zur Förderung der beruflichen Rehabilitation und Beschäftigung Behinderter. Abwicklung erfolgt über den Ausgleichstaxfonds. 150 Millionen Schilling für zusätzliche Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose. Die Abwicklung erfolgt hier auch über das Arbeitsmarktservice.

Ohne hier noch weiter in die Breite gehen zu wollen, möchte ich, bevor ich die Auswirkungen eines EU-Beitrittes bzw. Nichtbeitrittes Österreichs auf den Arbeitsmarkt abschließend darstelle, noch kurz folgendes anmerken: Zur Förderung der internationalen Arbeitsvermittlung hat die Europäische Union ein Programm namens EURES initiiert. Im Rahmen einer internationalen Arbeitsvermittlung werden bzw. sollen im gesamten EU-Raum einerseits offene Stellen und andererseits Stellengesuche zwischen den Mitgliedsstaaten ausgetauscht werden. In den jeweiligen Arbeitsmarktverwaltungen werden offene Stellen, die voraussichtlich durch EG- bzw. EWR-Staatsangehörige besetzt werden können, gesammelt, weitergemeldet und ebenfalls Arbeitsuchende, die gegebenenfalls im

EG- bzw. EWR-Ausland arbeiten möchten, an die jeweiligen Mitgliedsstaaten gemeldet. Die Abwicklung erfolgt über ein vernetztes Datensystem für den gesamten EU-Raum. Nach einem Beitritt Österreichs werden Ausbildungen, welche ebenfalls vom Programm EURES gefördert werden, von sogenannten Europaberatern bzw. -beraterinnen, die speziell für die internationale Vermittlung in Europa geschult werden, für Österreich kostenlos durchgeführt.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union ist in diesem Zusammenhang noch das Weißbuch der Kommission Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Herausforderung in der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert zu erwähnen, wonach im Rahmen des Themas Beschäftigung die Anpassung der Ausbildungssysteme und die gezielte Umsetzung von Wachstum in Beschäftigung als vordringliche der im Weißbuch definierten Ziele gesehen werden.

Die Verbindung EU-Beitritt und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wurde bereits durch eine Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung vom Mai 1994 näher beleuchtet. Die Studie kommt zum Schluß, daß ein Nichtbeitritt nicht nur Wachstum kostet, sondern auch mehr Arbeitslosigkeit und Inflation mit sich bringt. Bis zum Jahre 2000 wäre ein Wachstumsverlust zu beklagen. Ausschlaggebend für die in den Details weiter unten dargelegte Studie ist eine Modellrechnung, welche davon ausgeht, daß ein großer Teil der Anpassungskosten schon in der Vorbereitungsphase passiert, was durch empirische Beobachtungen in anderen EU-Staaten belegt ist. Dieser umfassenden Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung ist weiters zu entnehmen, daß abgesehen vom Wirtschaftswachstum in der Höhe von insgesamt 2,8 % bis zum Jahre 2000 auch die Zahl der Jobs bis zur Jahrtausendwende um 42.300 höher sein würde, als dies ohne EU-Integration der Fall wäre.

Aufgeschlüsselt nach Kalenderjahren bedeutet dies für Österreich: im Jahre 1995 zusätzlich 5.600 Arbeitsplätze, 1996 10.400 Arbeitsplätze, 1997 6.200 Arbeitsplätze, 1998 7.300 Arbeitsplätze, 1999 5.200 Arbeitsplätze und 2000 7.600

Dr. Ambrozy

Arbeitsplätze. Gesamtwirtschaftlich betrachtet, würden bis zum Jahr 2000 sogar rund 53.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Von diesem Wert ist jedoch noch die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze von rund 11.000 abzuziehen.

Auf der Gewinnerseite sieht das Wirtschaftsforschungsinstitut vor allen Dingen den Bereich "Dienstleistungen" mit einem Plus von rund 22.000, den Bereich "Bau" mit rund 11.000, den Bereich "Hotels und Gaststätten" mit rund 6.300 und den Bereich "Vermögensverwaltung" mit rund 5.400 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Ebenfalls deutlich profitieren werden Metall- und Holzverarbeiter. Darüber hinaus würde auch die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2000 um kumulierte 0,3 % zurückgehen; die Inflation um rund 3,3 % sinken und das verfügbare persönliche Realeinkommen um 3,4 % steigen.

Zur Unterstützung der von einem EU-Beitritt betroffenen Branchen der Spediteure bzw. der Zolldeklaranten, die eine betroffene Branche sind, sind derzeit österreichweit Gespräche über die Einrichtung einer Regionalstiftung für diese Berufsgruppe im Gange.

Die bis dato aktive Arbeitsmarktpolitik Österreichs bzw. Kärntens kann in der EU genauso weitergeführt werden. Wir haben in Österreich zum Beispiel mit den Arbeitsstiftungen ein sehr innovatives Instrument. Auch im Bereich der Umschulungen ist sicherlich einiges möglich. Zukünftig wird es nötig sein, den prozentuellen Anteil am Bruttoinlandsprodukt für solche Maßnahmen entsprechend anzuheben.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ein Nichtbeitritt Österreichs zu Europäischen Union würde angesichts der bereits hohen Arbeitslosigkeit in Kärnten zu einer weiteren Verschlechterung der Position Kärntens, und damit seiner Bewohnerinnen und Bewohner, seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, führen, was - wie ich meine - von keinem, einigermaßen mit der Wirtschaft und Wirtschaftsentwicklung vertrauten Politiker vertreten werden kann. Auch eine in diesem Zusammenhang bei einem Nichtbeitritt Österreichs eintretende Kürzung der Reallöhne kann und darf nicht unser aller Interesse sein.

Im Rahmen der aktuellen auf politischer Ebene und auch in der Öffentlichkeit geführten Diskussion über die Auswirkungen eines Beitritts bzw. Nichtbeitritts zur EU sollten nicht nur die bereits kurz angerissenen Vorteile eines EU-Beitritts Österreichs, sondern auch die nicht unbedeutlichen oben angeführten Auswirkungen eines Europas ohne Österreich dargestellt werden. Meiner Meinung nach sind die Beweggründe einer positiven Haltung zur EU nicht nur in gewissen Bereichen, welche einen Vorteil für Österreich bringen, zu finden, sondern auch in der bei Bestreitung lediglich auf mangelnde Sachkenntnis zurückführenden Tatsache, daß der Nichtbeitritt Österreichs zur EU eine wirtschaftliche Schlechterstellung bzw. Benachteiligung bedeutet.

Ich glaube, daß zwar die EU ohne Österreich leben kann - nicht jedoch Österreich ohne EU auf die Dauer die wirtschaftliche Prosperität beibehalten wird können. Als verantwortlicher Landespolitiker kann ich im Interesse aller Kärntner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alle Politiker aller Parteien des Landes, welche das Wohl Kärntens und seiner Bevölkerung nicht nur als Lippenbekenntnis bezeichnen, auffordern, eine positive Haltung gegenüber der Europäischen Union einzunehmen! (*Dritter Präsident Dkfm. Scheucher: Bravo!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es eine Zusatzfrage? (*Abg. Koncilia: Danke!*) Das ist nicht der Fall. Damit ist die Anfrage 1 erledigt. - Wir kommen zur Anfrage 2:

2. Ldtgs. Zl. 20/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landesrat Schiller**

Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landesrat Schiller! Wir wissen, das Instrument der Bedarfszuweisungen ist ein äußerst

Schwager

wichtiges Mittel, um die Gemeinden Kärntens in die Lage zu versetzen - ich möchte dazusagen, auch die kleinen und mittleren Gemeinden unseres Landes -, Investitionen zu tätigen, die über das Normalmaß und über die Kraft der Gemeinden hinausgehen.

In den letzten fünf Jahren, in der vergangenen Periode, muß man den Referenten, die dafür zuständig waren (Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy, aber in der letzten Zeit auch Landesrat Schiller), bescheinigen, daß mit diesen Bedarfszuweisungsmitteln - und ich spreche hier als kleiner Kommunalpolitiker und Bürgermeister - die Gemeinden eigentlich sehr zufrieden waren; mit diesem Instrument und den Zuwendungen des Landes. Damit konnte im Lande viel geschehen. Es konnte eine ganze Reihe neuer Rüsthäuser, Einrichtungen für die Feuerwehren, die sich derzeit auf einem Höchststand befinden, Einrichtungen für den Fremdenverkehr, die Sanierung der Gemeindestraßen und Wege und noch etliches anderes instandgesetzt und geschaffen werden.

Für das heurige Jahr hat aber Landesrat Schiller einen Katalog herausgegeben, in dem penibel über die 528 Millionen Schilling Bedarfszuweisungsmittel aufgelistet ist, von Gemeinde zu Gemeinde, für ganz Kärnten, was damit geschehen sollte. Nur, in letzter Zeit ist der Eindruck entstanden, als ob diese Mittel nicht rechtzeitig zur Auszahlung kommen sollten. Wenn man die Presse vom 17. Mai anschaut, droht sogar der Bürgermeister der Stadtgemeinde Feldkirchen einen Zahlungsstopp an das Land an, wenn nicht die Blockade. Hunderte Millionen Schilling Verlust pro Wochen hätten die Gemeinden. Dann, in einer weiteren Aussendung, wurde gesagt: "Bürgermeister übten erfolgreich Druck aus. Bedarfszuweisungen von 350 Millionen Schilling gesichert."

Wir alle wissen es besser: Es würde keine Zeitung darüber schreiben, weil in den vergangenen Jahren auch erst etwa im Mai, Juni oder Juli die Zusagen und die Auszahlungen der Geldmittel erfolgten. Man hat wohl den Landesrat Schiller in der Presse geschlagen, jedoch wollte man damit zum Ausdruck bringen, daß eben - weil keine neue Landesregierung installiert werden konnte - deshalb auch die Gemeinden kein Geld bekommen würden. Daß das nicht stimmt,

wissen wir alle. Wir haben bis jetzt eine funktionierende Landesregierung; wir haben einen zuständigen Landesrat, der, ausgestattet mit dem Budget für 1994, voll handlungsfähig ist. Er hat das auch gemacht. Er hat auch aufgelistet, was die Gemeinden zu bekommen haben.

Jetzt möchte ich den Landesrat trotzdem fragen: Warum konnte es 1994 zu Verzögerungen bei der Auszahlung von Bedarfszuweisungsmitteln an die Kärntner Gemeinden kommen?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Abgeordneter und Bürgermeister! Hohes Haus! Ich danke für das Lob. Wenn du das bei der Landtagswahl gesagt hättest, dann wäre mir das lieber gewesen. Damals hattest du nicht den Mut, das zu sagen: Daß Peter Ambrozy und meine Wenigkeit wirklich versucht haben, in den letzten fünf Jahren, den Wünschen der Bevölkerung zwischen Heiligenblut und Lavamünd entsprechend, Lebensqualität in den Gemeinden mitzufinanzieren.

Es ist aufgrund der Zuteilung an Bedarfszuweisungsmitteln des Jahres 1994 am 18. 5. ein Verteilungsplan erstellt worden. Alle Bürgermeister haben die diesbezüglichen Zusicherungsschreiben in der 21. Woche (in der Woche nach Pfingsten) bekommen. Wenn man die Praxis des Jahres 1994 mit der in den vergangenen Jahren vergleicht, ist erkennbar, daß keinerlei Verzögerung eingetreten ist, weil in der Vergangenheit die Verteilungspläne den Bürgermeistern auch zwischen Ende Mai und Mitte Juni zur Verfügung gestellt worden sind.

(*Zusatzfrage:*)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Ich wollte das von Ihnen hören. Selbstverständlich habe ich auch Zusatzfragen, weil in den letzten Tagen den Bürgermeistern etwas Unerfreuliches ins Haus geflattert ist. Die Abteilung 3, Gemeinden, hat an alle Gemeinden ein Schreiben betreffend BZ-Verteilung 1994 gerichtet. Ich werde nur ganz kurz, damit man weiß, worum es geht, daraus zitieren: "Aufgrund

Schwager

der Tatsache, daß im Jahre 1993 - entgegen den ursprünglich berechtigten Erwartungen - die Ertragsanteile der Gemeinden um 3,17 % unter den veranschlagten Beträgen geblieben sind und auch für 1994 und 1995 als Folge Änderungen des Finanzausgleiches mit einem Mehraufkommen der Ertragsanteile derzeit nicht gerechnet werden kann ..." Und dann, was das Wichtige ist, steht dieser Satz dabei: "Dies hat zur Folge, daß die an die Gemeinden für das Jahr 1994 und für die Folgejahre bereits ergangenen schriftlichen Zusicherungen außer Kraft treten und diese durch den gegenständlichen Verteilungsakt ersetzt werden." Das, glaube ich, ist schon eine arge Sache, weil ja die Gemeinden sich darauf verlassen haben, daß schriftliche Zusicherungen halten. Ich kann nur einen Fall aus meiner eigenen Gemeinde darbringen. Wir haben uns auf die 800.000 Schilling BZ für die Anschaffung des Tanklöschfahrzeuges in Steinfeld verlassen, haben diesen Ankauf bereits getätigt, und das Fahrzeug ist an uns ausgeliefert worden. Und jetzt habe ich die größten Schwierigkeiten mit der Abteilung 3, weil mir die Beamten dort sagen, daß diese BZ-Mittel trotz Zusage nicht abberufen werden können. Solche Beispiele, nehme ich, an wird es in allen Gemeinden geben.

Jetzt die Frage an Sie, Herr Landesrat: Kann man versuchen, solche Härten doch zu vermeiden, daß bei schon auf die Zusagen hin getätigten Investitionen der Gemeinden das berücksichtigt wird und die bereits zugesagten Mittel ausbezahlt werden?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Meines Wissens wurden der Gemeinde Steinfeld mit Zusicherungsschreiben in der 21. Woche bereits 2,2 Millionen Schilling zugesichert. So ist es also nicht, daß Sie, Herr Bürgermeister und Abgeordneter, kein Geld bekommen hätten. Es ist richtig, daß alle Kärntner Gemeinden einen Brief bekommen haben, in welchem auf die schwierige Situation hingewiesen wird, nämlich den Rückgang der Ertragsanteile um 3,17 %, aber auch auf den Umstand, daß bei jenen Gemeinden, die ihren

ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen können, diese Abgänge mit Bedarfszuweisungsmitteln aufgefangen werden müssen. Wir haben im vergangenen Jahr an Bedarfszuweisungsmitteln für den Ausgleich des ordentlichen Haushaltes insgesamt 13 Millionen Schilling aufgewendet. Es werden im Jahr 1994 rund 70 Millionen notwendig sein. Bedingt durch die Abgänge bei den Krankenanstalten wird also jetzt im Umweg über die Bedarfszuweisungsmittel dieses Loch in den Budgets der Gemeinden finanziert. Das war in dieser Größe nicht vorhersehbar.

Ich muß darauf hinweisen, daß wir den Gemeinden bis zum heutigen Tag 347 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt haben. Es wurde mit dem neuen Gemeindereferenten vereinbart, daß für die zweite Verteilung des Jahres 1994 rund 140 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden können, die vom neuen Gemeindereferenten nach Maßgabe der Mittel und auch nach Maßgabe der Notwendigkeiten - und da würde ich Sie bitten, mit dem neuen Referenten in Verhandlungen einzutreten - ausgeschüttet werden sollen. Es wird sicher Kürzungen geben, aber das wird in erster Linie jene Gemeinden treffen, die aus eigener Kraft in der Lage sind, ihre Aufgabe zu erfüllen. Es wird sicherlich nicht jene Gemeinden treffen, die finanzschwach sind.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es eine weitere Zusatzfrage? (Abg. Schwager: *Nein! Ich danke für die Beantwortung!*)
Damit ist die Anfrage 2 erledigt.

Wir kommen zur 3. Anfrage:

3. Ldtgs. Zl. 21/M/27:**Anfrage des Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Schiller**

Ich bitte Sie, zu sprechen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr

Dipl.-Ing. Gallo

Landesrat Schiller! Ich möchte mit meinen einleitenden Bemerkungen vor der Landtagswahl beginnen, denn da war der Herr Landesrat Schiller "Spitze". Ein Zitat aus einer Publikation bei uns im Bezirk Villach. Der Gemeindereferent wird vom Bürgermeister in höchsten Tönen gelobt: "Ohne Schiller wäre es nicht möglich, alle Vorhaben zu realisieren." Dazu aus einer anderen Liebesbroschüre eine Selbsteinschätzung des Herrn Landesrates: "Ich leiste ganze Arbeit."

Meine Damen und Herren! Es ist nun unbestritten, daß es nach der Landtagswahl die Freiheitliche Landtagsfraktion ermöglicht hat, daß der Herr Landesrat Schiller bis zum heutigen Tage im Amt bleiben und arbeiten konnte. Umso mehr ist es zu bedauern, daß schriftlich zugesagte Bedarfszuweisungen nicht eingehalten worden sind. Von Gemeindevertretern und in den Medien gab es in jüngster Vergangenheit sogar Proteste. Zitat aus einer Kärntner Zeitung: "Der Herr Landesrat hat auf zunehmenden Druck reagiert." Offensichtlich unbekannt ist aber vor allem der veröffentlichten Meinung geblieben, daß es eine gewaltige Hiobsbotschaft in Gestalt des vorhin erwähnten Rundbriefes gibt. Ich darf, auch auszugsweise, zitieren: "Aufgrund der Tatsache, daß im Jahre 1993 - entgegen den ursprünglich berechtigten Erwartungen - die Ertragsanteile der Gemeinden um 3,17 % unter den veranschlagten Beträgen geblieben sind, sieht sich das Gemeindereferat gezwungen, die bisherigen Finanzplanungen abzuändern. Dies hat zur Folge, daß die an die Gemeinden für das Jahr 1994 und die Folgejahre bereits ergangenen schriftlichen Zusicherungen ..." usw. "außer Kraft treten und diese durch den gegenständlichen Verteilungsakt ersetzt werden. Die zu erwartenden BZ-Einnahmen für das Haushaltsjahr 1994 werden mit diesem Verteilungsplan an die Gemeinden Kärntens nicht zur Gänze ausgeschüttet. Den Gemeinden werden neue schriftliche Zusicherungen übermittelt, die die oben angeführten Zusicherungen außer Kraft setzen."

Meine Damen und Herren! Es überrascht daher nicht, daß jüngst der Kärntner Gemeindebund eine Resolution verabschiedet hat, in der es unter anderem heißt: "Es muß darauf hingewiesen werden ..." (*Vorsitzender Erster*

Präsident Unterrieder: Herr Abgeordneter, ich bin sehr geduldig, bei diesen Sachen. Aber bitte, eine Einleitung und dann die Fragestellung. Ich sage das generell für das Haus, weil ich das bis jetzt sehr großzügig gehandhabt habe!) "... daß die politische Glaubwürdigkeit in unserem Lande stark leidet."

Zur Aufklärung des Sachverhaltes daher meine Frage an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat Schiller: An welchen Tagen haben Sie seit dem 1. 1. dieses Jahres mit welchen Gemeindevertretern Gespräche bzw. Verhandlungen über Bedarfszuweisungen geführt?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Entsprechend dem in seiner Sitzung vom 27. Juli 1989 vom Kärntner Landtag gefaßten Beschluß wurden die Gemeinden Kärntens im Oktober 1993 aufgefordert, ihre BZ-Wünsche der Gemeindeabteilung bekanntzugeben. Aus der Zusammenstellung dieser Wünsche sind die Prioritäten bekannt. Es wurden im Oktober und November des vergangenen Jahres, in Annahme der zu erwartenden Budgetziffern, die BZ-Gespräche geführt und den Gemeinden aufgrund dieser angenommenen Budgetzahlen die BZ-Wünsche für das Jahr 1994 auch in schriftlichen Zusicherungen in den Monaten danach übermittelt.

Ich habe früher schon beantwortet, wodurch diese Fehlbeträge entstanden sind und warum wir uns jetzt zu diesem Brief entschlossen haben. Ich habe auch ausgeführt, daß noch 140 Millionen Schilling zur Verteilung zur Verfügung stehen, die eben nach Notwendigkeiten zu vergeben sind. Es wäre, glaube ich, nicht im Sinne einer korrekten Politik gewesen, die Gemeinden nicht rechtzeitig auf diesen Umstand hinzuweisen. Genauso wie für Steinfeld gilt das auch für die Gemeinde Paternion, der Sie, als unabhängiger Abgeordneter, auch dort der "Unabhängigen Liste für alle" angehören - obwohl Sie hier Ihre große Abhängigkeit demonstrieren - und der 2,3 Millionen Schilling bereits zugesichert worden sind. Ich darf aber darauf verweisen, daß gerade die Gemeinde Paternion in den letzten Jahren

Schiller

und Jahrzehnten sehr viel an Landesmitteln bekommen hat, um ihre Infrastruktur für die Bürger auszubauen. Ich verweise nur auf den sportlichen und auf den kulturellen Bereich sowie auf den Bereich des Wohnungsbaues. Sie stellen jetzt die Dinge so dar, als ob das Land in den Jahren davor in keiner Weise seinen Aufgaben nachgekommen wäre.

Das, was jetzt zur Verteilung heransteht, ist eben aufgrund dieser ausgebliebenen Gelder notwendig, auch den Gemeinden zu sagen. Es ist auch schon in Gemeindestuben passiert. Denken Sie nur an die frühere Gewerbesteuer. Mir sind einige Fälle in den Gemeinden bekannt, wo unter der Budgetannahme einer Gewerbesteuereinnahme budgetiert wurde, die dann nicht eingetroffen ist. In der Situation, in der jetzt ein Referent ist, der Bedarfszuweisungsmittel zu verteilen hat, sind viele Bürgermeister in unserem Lande schon gestanden.

Es wird die Aufgabe des Gemeindereferenten bzw. der Bürgermeister sein, alle diese Wünsche auf einen mittelfristigen Zeitraum zu erstrecken. Das heißt also, es wird sicher möglich sein, diese Bedarfszuweisungsmittel in den nächsten Jahren auch zur Verfügung zu stellen und einzulösen.

Man darf nicht vergessen, daß die Kärntner Gemeinden im Vergleich zu allen anderen Gemeinden in Österreich die geringste Verschuldung pro Kopf aufweisen. Das ist ein Verdienst meines Vorgängers, dem es gelungen ist, die Defizite in den ordentlichen Haushalten auf 13 Millionen Schilling herunterzudrücken.

Die wirtschaftlich schlechte Situation der vergangenen Jahre hat sich jetzt nicht nur im Jahre 1993 in den Budgets der Gemeinden durchgeschlagen, sondern beginnt sich jetzt auch auf die Verteilungsmittel im Bereich der Bedarfszuweisungen auszuwirken. Herr Abgeordneter, Sie sind Mitglied des Kärntner Landtages und es wäre der Kärntner Landtag auch in der Lage, in Form eines Nachtragsvoranschlages über einen einstimmigen Beschluß diese Ausfälle aufzufangen. Ich würde mir diesen Beschluß wünschen, denn dann könnten auch die Bürgermeister und Gemeindevertreter in den nächsten Monaten damit

rechnen, daß diese Gelder, die jetzt nicht zur Verfügung stehen, doch noch den Gemeinden vom Lande zur Verfügung gestellt werden können.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat, aus der Nichtbeantwortung meiner konkret gestellten Frage ziehe ich den Schluß, daß Sie im heurigen Jahr kein einziges Gespräch geführt haben. Mit Ihrer Antwort, in der Sie die Marktgemeinde Paternion ins Spiel gebracht haben, orte ich einen Widerspruch zwischen dem, was im Amtsvortrag für die morgige Gemeinderatssitzung steht, wonach 1,5 Millionen Schilling zugesichert worden sind, Sie sprechen von 2,3 Millionen Schilling.

Dessen ungeachtet meine Zusatzfrage: Mit welchen wissenschaftlich anerkannten Rechenregeln erklären Sie mir, daß bei einem beschriebenen Rückgang der Ertragsanteile um 3,17 % die schriftlich zugesicherte Bedarfszuweisung für die Marktgemeinde Paternion von 5 Millionen Schilling auf jetzt entweder 1,5 oder 2,3 Millionen Schilling, also um nahezu 70 % gekürzt worden ist?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Das betrifft nicht nur die Gemeinde Paternion, sondern wir haben generell Kürzungen bei allen Gemeinden vorgenommen, um eben in einem zweiten Verteilungsvorgang nach den Notwendigkeiten die restlichen 140 Millionen Schilling zu verteilen. Ich will dem neuen Gemeindereferenten hier nicht vorgreifen.

Wenn Ihnen zu Paternion nur 1,5 Millionen Schilling einfallen, fallen mir 2,350 Millionen Schilling ein. Sie haben nämlich die 850.000 S, die für die Schihauptschule zur Verfügung gestellt werden, hier nicht genannt.

Das ist richtig, was Sie aus meinen Worten interpretieren: Seit 1. 1. hat es zwischen Bürgermeistern, Gemeindevertretern und meiner Wenigkeit keine Bedarfszuweisungsgespräche gegeben, ich habe das früher ausgeführt, weil im

Schiller

November des vergangenen Jahres der Verteilungsplan für die erste Tranche 1994 den Regierungsmitgliedern und Klubobmännern vorgelegt worden ist.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Die Bedarfszuweisung für die Schihauptschule ist ein Durchlaufposten; ich darf das nur festhalten. (Vorsitzender: Ich bitte, die Frage zu stellen!) Ja.

Darf ich also davon ausgehen, daß Sie sich bei Ihrem Nachfolger dafür einsetzen werden, daß nicht nur die Marktgemeinde Paternion, sondern auch alle anderen Gemeinden die ihnen zugesicherten höheren Bedarfszuweisungen im heurigen Jahr erhalten werden?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Das ist richtig. Ich bitte aber auch den Kärntner Landtag, diese Ausfälle nach Möglichkeit in einem Nachtragsvoranschlag aufzufangen. Das sei mir erlaubt zu sagen, das ist nicht bewußt von der Gemeindeabteilung und vom Gemeindereferenten herbeigeführt, sondern das ist eben Ausfluß der wirtschaftlichen Entwicklungen, auf die wir zu reagieren haben. Wenn es dem Kärntner Landtag und Ihnen als unabhängiger Kandidat wirklich daran gelegen ist, den Kärntner Gemeinden zu helfen, dann stimmen Sie diesem Vorschlag des neuen Gemeindereferenten auf Abwicklung dieser Gelder über die Sonderbedarfszuweisungen aus dem Landesbudget zu. (Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Danke.)

4. Ldtgs.Zl. 22/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Dr. Jörg Haider stellte 1989 anlässlich einer Betriebsversammlung im Zellstoffwerk Magdalen die Bereitstellung einer Entschädigung in der Höhe von 3 bis 4 Millionen Schilling zum Ausgleich der Einkommensverluste der Arbeiter und Angestellten dieses Werkes in Aussicht. In einer Regierungssitzung am 19. 12. 1989 wurde dann gegen den massiven Widerstand vor allem des Finanz- und Wirtschaftsreferenten Landesrat Rauscher ein einstimmiger Regierungsbeschluß gefaßt, der in der damaligen Sitzung erklärte: Ich darf darauf hinweisen, daß mit der Bereitstellung von Landesmitteln für die Belegschaft der zwei Zellstoffwerke ein Präjudiz für ähnliche Fälle geschaffen und es niemand verstehen würde, wenn derartige Maßnahmen nur für Dienstnehmer in Sparten mit einem relativ hohen Lohnniveau gesetzt werden. In der Folge faßte auch der Landtag einen Beschluß und eine diesbezügliche Gesetzesänderung.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang fragen: Wievielen Arbeitnehmern und in welchen Fällen wurden von Ihnen aufgrund des § 2 Abs. 2 des Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetzes Beihilfen gewährt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich auf die detaillierte Beantwortung der gestellten Frage eingehe, doch einige Bemerkungen zur Einleitung zu dieser Frage. Es ist richtig, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Haider anlässlich der Betriebsversammlung, die zur Schließung des Zellstoffwerkes Magdalen geführt hat, ohne mit der Regierung eine Absprache getätigt zu haben, den Arbeitnehmern in Magdalen und in der Folge dann auch in Obir einen Betrag von rund 3 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Es ist richtig, daß der Finanzreferent darauf aufmerksam gemacht hat, daß das ein Präjudiz für alle anderen Fälle sein könnte und auch sein wird und daher von seiner Seite gesehen das eine grundsätzliche Bedeutung hat, was in dieser Sache entschieden wird. Es ist weiter richtig, daß dieser Beschluß

Dr. Ambrozy

in der Regierung einstimmig, das heißt mit allen Fraktionen gefaßt worden ist. Es ist weiter richtig, daß diese Angelegenheit im Kärntner Landtag behandelt wurde. Hier geht jetzt allerdings Ihre Wahrheit von der Wirklichkeit auseinander.

Tatsache ist, daß es einen Nachtragsvoranschlag, vorgelegt von der Regierung gegeben hat, der hier im Landtag behandelt worden ist, der die entsprechenden Geldmittel für die Arbeiter in Obir und St. Magdalen vorgesehen hat, und daß dieser Teil des Nachtragsvoranschlages von FPÖ und ÖVP hier abgelehnt worden ist und daher die Auszahlung der Mittel nicht erfolgen konnte.

Es ist weiters ein Faktum, und das bitte ich nicht zu übersehen, daß das Jahr 1991 zum Mißtrauensantrag gegen den amtierenden Landeshauptmann geführt hat und daß die Novelle zum Arbeitnehmerförderungsgesetz, das jenen Punkt j enthält, den Sie meinen, im Jahre 1992, also ein Jahr später, beschlossen wurde. Daher ist dieser Zusammenhang, den Sie herstellen, nicht herstellbar.

Daher möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, sagen: Das Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetz, das im Juni 1984 beschlossen und, wie ich schon gesagt habe, mit Gesetz vom 1. Juni 1992 geändert wurde, sieht in dieser Änderung folgenden Inhalt vor, daß als zusätzliche Förderungsmaßnahmen Beihilfen, die Arbeitnehmern nach unverschuldetem Verlust des Arbeitsplatzes in besonderen Härtefällen eine Wiedereingliederung ins Berufsleben erleichtern sollen, vorzusehen sind.

Gemäß § 8 Abs. 2 des zitierten Gesetzes obliegt dem Arbeitnehmerförderungsbeirat die Beratung der Landesregierung in den Angelegenheiten der Arbeitnehmerförderung und sonstigen Fragen der Arbeitnehmerpolitik des Landes, soweit sie von grundsätzlicher Bedeutung sind. Jedenfalls obliegt dem Beirat die Beratung der Landesregierung vor Erlassung und Änderung der Förderungsrichtlinien. Bis dato hat der Arbeitnehmerförderungsbeirat noch keine Stellungnahme zu der Gesetzesänderung abgegeben. Das heißt, eine Änderung der Richtlinien aufgrund dieses § 2 Abs. 2 lit. j ist noch nicht erfolgt, weil seitens des

Arbeitnehmerförderungsbeirates keine Änderung erfolgt ist. Ich darf sagen, daß dort nach wie vor die Mehrheit FPÖ ÖVP funktioniert hat, es hat dort auch einen ÖVP-Vorsitzenden gegeben. (*Zwischenruf.*) Dort hat es einen ÖVP-Vorsitzenden gegeben, bis heute noch. Das möchte ich ganz klar und deutlich feststellen.

Um die Arbeitnehmer aber, welche aufgrund der krisenhaften Entwicklung in einzelnen Betrieben durch die Schließung von Betrieben oder Teilbetrieben ihren Arbeitsplatz verloren haben bzw. verlieren, effektiv zu unterstützen, hat die Kärntner Landesregierung mit einstimmigem Beschluß in der 84. Sitzung am 23. 3. 1993 den Beitritt des Landes Kärnten zum Verein zur Förderung von Kärntner Arbeitsstiftungen genehmigt. Ausschlaggebend für den Beitritt des Landes Kärnten waren die in anderen Bundesländern gemachten positiven Erfahrungen mit Arbeitsstiftungen und auch die übereinstimmende Meinung der anderen Mitglieder des Vereines, das sind das Landesarbeitsamt Kärnten, die Wirtschaftskammer Kärnten, die Arbeiterkammer Kärnten, die Vereinigung österreichischer Industrieller, Landesgruppe Kärnten, und der Österreichische Gewerkschaftsbund, Landesexekutive Kärnten, wonach man sich bei der Lösung der für die betroffenen Regionen bzw. Arbeitnehmer entstehenden Probleme sinnvollerweise der Einrichtung einer Arbeitsstiftung bedienen sollte. Dies vor allem deshalb, weil Arbeitsstiftungen von ihrem Ansatz her die Interessen der betroffenen Unternehmen ebenso wie die der Arbeitnehmer berücksichtigen, für Länder und Gemeinden neue regionalspezifische Chancen eröffnen und der Arbeitsmarktverwaltung einen optimalen Einsatz ihres arbeitsmarktpolitischen Instrumentes ermöglichen.

Derzeit besteht eine Arbeitsstiftung, nämlich die Metallstiftung, im Klagenfurter Zentralraum. Ziel der Metallstiftung ist es, gekündigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen der insolventen Betriebe Kestag, Präzisionswerke AG, Hutter und Schrantz, Bautechnik GesmbH, Mikropräzision Ernst Haaf und Plastikwerk Pölling GesmbH innerhalb von drei Jahren, in Ausnahmefällen vier Jahren mittels eines Maßnahmenpaketes, bestehend aus

Dr. Ambrozy

Outplacement, Aus- und Weiterentwicklung und Unternehmensgründung den Weg in eine neue berufliche Zukunft zu ermöglichen.

Die Zahl der Stiftungsteilnehmer betrug anfangs zirka 110 Arbeitnehmer, derzeit werden zirka 75 bis 80 von der Stiftung betreut. Die restlichen Teilnehmer konnten inzwischen wieder vermittelt und somit in den normalen Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

Das Land Kärnten stellte seit Beginn der Stiftung im Oktober 1993 für das Jahr 1993 2,6 Millionen und im Jahre 1994 bis zum heutigen Tage 4,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Dabei ist noch festzuhalten, daß von den Verantwortlichen der Arbeitsstiftung bisher ein Bedarf bis 1. 9. 1994 von 1,8 Millionen Schilling angemeldet wurde.

Insgesamt gesehen hat sich die Errichtung einer Arbeitsstiftung als sinnvolles und zweckmäßiges Instrument zielgerichteter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erwiesen, um Arbeitnehmern, welche aufgrund einer Insolvenz des Arbeitgebers ihren Arbeitsplatz verloren haben, Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Es kann davon ausgegangen werden, daß durch die von der Arbeitsstiftung erfolgenden Maßnahmen die Bestimmungen des eingangs zitierten Arbeitnehmerförderungsgesetzes derzeit mitbesorgt werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es eine Zusatzfrage? (*Abg. Dr. Strutz: Danke, nein, ausführlich beantwortet.*) Damit ist die Anfrage 4 erledigt. Wir kommen zur 5. Anfrage:

5. Ldtgs.Zl. 23/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dr. Hofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold**

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Landesausstellung in

Hüttenberg konnte Gott sei Dank nach vielen Hindernissen sichergestellt werden, bekanntlich mußte sie ja zweimal verschoben werden. Von dieser Landesausstellung werden auch große regionalpolitische Impulse erwartet.

Daher darf ich an Sie die Frage stellen: Bewegen sich die Baumaßnahmen für die Landesausstellung Hüttenberg 1995 im vorgegebenen Zeitplan?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach jetzt vorliegenden Informationen wird alles pünktlich fertig werden.

(*1. Zusatzfrage:*)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, gilt das genauso auch für den Bereich des Straßenbaues? Ich meine insbesondere den Bereich der Klippitzthörlstraße, wo es anfangs Schwierigkeiten gegeben hat. Wird diese Straße auch ausgebaut werden, was besonders für die Landesausstellung sehr, sehr wichtig ist?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß ich hier in diesem Haus auch sehr darum gekämpft habe, daß aus dem Katastrophenfonds entsprechende Gelder zur Verfügung gestellt werden, um den Abschnitt auf der Klippitzthörl Landesstraße zumindest so befahrbar zu machen, daß man sich um diese Landesstraße nicht schämen muß. Es werden die vorgesehenen Baumaßnahmen im April 1995 fertiggestellt werden. Ich muß dazu sagen, daß das nur möglich ist, weil auch die Straßenmeisterei Eberstein und ihre Mitarbeiter und auch die Straßenmeisterei Wolfsberg dabei Hand anlegen und in Eigenregie einen Teil dieser Arbeiten erledigen können.

(*Zusatzfrage:*)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, wie schaut es eigentlich mit der Kostensituation aus? Gibt es in diesem Bereich Kostenüberschreitungen beim Hochbau und beim Tiefbau? Wie schaut die Situation aus?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Beim Hochbau wird es nach der jetzigen Beurteilung keine Kostenüberschreitungen geben. Sie wissen, wir haben ein zweites Mal ausgeschrieben bzw. dann sogar mit Zustimmung des Landtages nachverhandelt, so daß der vorgegebene Kostenrahmen nicht gesprengt wird, wiewohl die Kreditermächtigung des Landtages an die Landesregierung in diesem Bereich voll ausgeschöpft werden muß, weil auch das Verkehrskonzept aus diesem Titel heraus finanziert wird. (*Abg. Dr. Hofer: Danke.*)

6. Ldtgs.Zl. 24/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Hofer an Landesrat Schiller

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie wissen, daß es in den vergangenen Wochen Proteste von Bürgermeistern und Kommunalpolitikern gegeben hat, die aus verständlichen Gründen über die landespolitische Situation unzufrieden waren. Die Bürgermeister und Kommunalpolitiker haben gemeint, daß vieles in den Gemeinden stockt. Daraufhin war aus der Presse zu entnehmen, daß 370 Millionen Schilling von den Bedarfszuweisungen an die Gemeinden ausgeschüttet wurden.

Daher jetzt die Frage: In welchem Ausmaß stehen 1994 noch Mittel aus Bedarfszuweisungen zur Vergabe an die Gemeinden zur Verfügung?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Um auf die Bemerkung hinzuweisen, daß Verzögerungen eingetreten sind: Das war schon Teil der Anfrage des Abgeordneten Schwager. Ich habe diese Resolution der Bürgermeister so verstanden, daß die Befürchtung bestanden hat, daß es zu einer Dauerblockade des Kärntner Landtages kommt, es könnte damit die Wahl einer neuen Kärntner Landesregierung verhindert werden und in den Gemeinden langfristige Vorhaben nicht begonnen werden können. Aus dieser Sicht ist diese Protestnote zu verstehen, nicht aus der momentanen Sicht der kurzfristigen Erledigung, die sicher funktioniert hat und auch funktioniert.

Zu Ihrer Anfrage darf ich auf folgende Zahlen verweisen: Gemäß § 10 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1989 sind 13,5 v. H. von den Bruttoertragsanteilen auszuscheiden und den Ländern zur Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zu überweisen. Die für die am 18. 5. 1994 festgelegte Verteilung von BZ-Mitteln zur Verfügung stehenden Einnahmen gliedern sich wie folgt:

1. Kreditübertragung aus dem Jahre 1993 16,017.192,48 S,
2. Aufkommen laut Landesvoranschlag 1993 528,000.000 S und
3. zu erwartender Zinsertrag 1994 6,000.000 S.

Somit ergeben sich für das Haushaltsjahr 1994 Einnahmen von insgesamt 550,017.192,48 S. Diese Einnahmen vermindern sich um BZ-Zusicherungen der Vorjahre, die zu Lasten des BZ-Ansatzes 1994 angewiesen werden müssen. Das sind also mittel- und langfristige Vorhaben, die bereits 1991 oder 1992 begonnen worden sind. Der Betrag, der hierfür aus dem Budgetansatz 1994 aufgewendet wird, ist 74,676.000 S.

Somit verbleiben 475,341.192,48 Schilling. Mit dem gegenständlichen Teilverteilungsplan werden von den obigen Einnahmen insgesamt 347,032.194,55 Schilling ausgeschüttet. Das heißt, es verbleiben dem neuen Gemeindereferenten rund 140 Millionen Schilling - vielleicht sogar etwas mehr; wenn

Schiller

man mit höheren Zinserträgen rechnen kann - in der zweiten Verteilungsrunde.

(Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Landesrat, Sie wissen, es ist vor Jahren vereinbart worden, daß die Fraktionen anlässlich des Rechnungsabschlusses auch eine Übersicht über die Bedarfszuweisungssituation bekommen. Wann ist mit dieser Übersicht zu rechnen?

Abgeordneter Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Es ist, glaube ich, fair, wenn man die Übersicht dann vorlegt, wenn die Gesamtverteilung erledigt ist. Das wird für das Jahr 1994 am Beginn des Jahres 1995 sein.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es eine weitere Zusatzfrage? (Abg. Dr. Hofer: Danke!) Danke. - Damit sind wir am Ende der Fragestunde. Die Anfragen 7 und 8 werden in der nächsten Sitzung aufgerufen.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf feststellen, daß für die heutige Landtagssitzung niemand entschuldigt ist. Es sind auch alle Mitglieder des Bundesrates anwesend. Der Landtag ist beschlußfähig.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf annehmen - Sie haben der medialen Berichterstattung entnehmen können -, daß wir heute in der Lage sein werden, die Wahl des Landeshauptmannes durchzuführen. Ich darf das positiv hervorheben, nachdem in den gestrigen Gesprächen mit den drei Parteiobmännern, unter Anwesenheit der Klubobmänner, die Vereinbarung getroffen wurde, daß wir heute die Wahl des Landeshauptmannes und damit auch die Wahl der Landesregierung ermöglichen können.

Ich darf für die Öffentlichkeit feststellen, daß es das Wichtigste ist, für die Menschen in unserem Lande eine arbeitsfähige neue Landesregierung mit einem neu gewählten Landeshauptmann zur Verfügung zu haben. Die Verfassung unseres Landes sieht die Möglichkeit des Auszuges aus dem Landtag vor, wodurch das erforderliche Zweidrittel-Anwesenheitsquorum nicht gegeben ist, die Wahl des Landeshauptmannes durchzuführen. Das hat in ausreichendem Maße stattgefunden. Es ist für unser Land sehr wichtig, daß wir heute die notwendigen Wahlen durchführen. Als Präsident des Kärntner Landtages darf ich appellieren, nun diese Wahlen vorzunehmen, damit es eine funktionsfähige Landesregierung gibt. (Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!) - Zur Geschäftsordnung, Dr. Strutz! Bitte!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Es liegt ein Wahlvorschlag zur Wahl des Landeshauptmannes, lautend auf den Obmann jener Partei vor, der bei der Landtagswahl am 13. März die wenigsten Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Nach all dem, was geschehen ist, bekennt sich die FPÖ zum Prinzip der stimmenstärksten Partei, und wir sind der Meinung, daß bereits jetzt diese Position der stimmenstärksten Partei zufallen sollte.

Deshalb bringt die Freiheitliche Partei zum Tagesordnungspunkt 1 einen Wahlvorschlag, lautend auf Dr. Peter Ambrozy, ein. Er hat als Landeshauptmannkandidat kandidiert. Seine Partei hat die meisten Stimmen am 13. März für sich erringen können. Ich darf den Wahlvorschlag übergeben und darf ersuchen, die Karten so vorzubereiten, daß er auch zur Wahl gelangt. (Abg. Dr. Strutz übergibt den Wahlvorschlag an den Vorsitzenden.)

(Abg. Dr. Ambrozy: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Dr. Peter Ambrozy, bitte!

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident, ich ersuche, die Sitzung zu unterbrechen!

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Die Sitzung wird zu Vorbereitung von Stimmzetteln und zur Beratung auf 15 Minuten unterbrochen. Wir setzen die Sitzung voraussichtlich um 11.20 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung um 11.05 Uhr. - Fortsetzung der Sitzung um 11.37 Uhr.)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf, bevor es die Wortmeldung zur Geschäftsordnung gibt, kurz erklären, daß der Vorschlag der nun eingebracht worden ist - nachdem ich Einlader zu den Parteiengesprächen war - außerhalb der Parteienrunde von gestern war. Denn gestern war die Bedingung dieser Parteienrunde, daß ein Wahlvorschlag, der in der Koalition vereinbart worden ist, von der Sozialdemokratischen Partei, lautend auf Dr. Zernatto, einzubringen ist. Ich darf das der Ordnung halber für das Protokoll feststellen. Das war die formulierte Bedingung.

Bitte, zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Dr. Peter Ambrozy.

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben seit dem 13. März eine sehr schwierige politische Situation in unserem Bundesland Kärnten zu registrieren gehabt. Zum einen hat es eine Vereinbarung zwischen der ÖVP und der FPÖ gegeben, die letztlich eine Demontage der SPÖ zur Folge gehabt hätte, die dann nicht zum Tragen gekommen ist. Es ist aufgrund es Abspringens der ÖVP dann zu Parteienverhandlungen zwischen der ÖVP und

der SPÖ gekommen, die letztlich zu einem Koalitionsabkommen geführt haben. Ich nehme zumindest für mich in Anspruch, in dieser gesamten Angelegenheit eine gewisse Rolle gespielt zu haben und bezeichne mich in einem gewissen Maß auch als einen, der die Koalition zwischen der SPÖ und der ÖVP in dieser konkreten politischen Situation unterstützt und gefördert hat.

Ich habe im Zuge der gesamten Wahlbewegung und vorher immer die Meinung vertreten, daß an sich die stärkste Partei im Lande auch die erste Position im Lande bekleiden sollte. Das hat eine Zeitlang dazu geführt, daß sowohl die FPÖ als auch kurzfristig die ÖVP dieser Meinung zugestimmt haben. Es ist in der letzten Phase des Wahlkampfes - nachdem klar war, daß die SPÖ auf jeden Fall die stärkste Partei stellen wird - von dieser Meinung wieder abgerückt worden; nicht von uns, aber von den anderen. Wir hätten es gerne gesehen, und auch ich persönlich hätte es gerne gesehen, wenn nach den Wahlen das Prinzip "Die stärkste Partei stellt den Landeshauptmann" von allen Parteien akzeptiert worden wäre. Denn dann hätten wir uns zumindest eine lange Phase politischer Unsicherheit in Kärnten erspart.

Ich hätte es auch begrüßt, wenn ein Wahlvorschlag oder zumindest die Andeutung, daß ein Wahlvorschlag für einen Sozialdemokraten unterstützt wird, weit früher gekommen wäre. Dann hätten wir uns auch einiges erspart.

Nachdem nunmehr eine lange Pattsituation in Kärnten vorhanden war und sich letztlich gestern im Zuge der Dreiparteiengespräche eine Lösung abgezeichnet hat, ist dieser Wahlvorschlag, der heute eingebracht wurde, zwar für mich ehrend, aber von mir aus nicht anzunehmen, denn ich bekenne mich zur Koalition zwischen der SPÖ und der ÖVP. Ich werde daher aus diesem Grunde nach eingehenden Beratungen im Klub mit einstimmiger Unterstützung des Klubs diesen Wahlvorschlag nicht annehmen. Das ist mein höchst persönliches Recht, das ich hiemit in Anspruch nehme. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Klubobmann! Hohes Haus! Nachdem der am Wahlvorschlag der Freiheitlichen Partei stehende Kandidat diesen Vorschlag nicht annimmt, ist nach der Geschäftsordnung der Wahlvorschlag ungültig. Der Ordnung halber möchte ich nach § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung darüber abstimmen lassen, damit das abgesi-

chert ist, daß der Wahlvorschlag ungültig ist, nachdem der Kandidat nicht zur Verfügung steht. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Das ist zumindest geschäftsordnungsmäßig erforderlich. - Das ist die Mehrheit; damit ist die Meinung des Präsidenten von der Mehrheit auch bestätigt. Das ist in der Geschäftsordnung so niedergeschrieben.

Tagesordnung

Wir kommen zum Wahlakt:

1. Ldtgs.Zl. 6-1/27:

Wahl des Landeshauptmannes gemäß Art. 43 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Hohes Haus! Gemäß Art. 43 Abs. 1 unserer Landesverfassung ist der Landeshauptmann bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen nach den Grundsätzen des Mehrheitswahlrechtes zu wählen. Es sind mehr als 24 Abgeordnete anwesend, die Wahl kann durchgeführt werden. Bei Mehrheitswahlen kann jeder Abgeordnete auch mündlich einen Wahlvorschlag einbringen.

Es liegt ein ordnungsgemäßer Wahlvorschlag vor. Er ist von den Abgeordneten des SPÖ-Klubs eingebracht und von den Abgeordneten des ÖVP-Klubs unterstützt und lautet auf Dr. Christof Zernatto.

Geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, wir schreiten zur Wahl. Ich ersuche die Stimmzähler, das sind die jüngsten Abgeordneten jedes Klubs, das ist von der SPÖ Abgeordneter Ing. Rohr, von der FPÖ Abgeordneter Dr. Strutz und von der ÖVP Abgeordneter Lutschounig, ihres Amtes zu walten. Ich darf den Schriftführer um Verlesung der Wahlberechtigten bitten.

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Frau Abgeordnete Achatz, Herr Abgeordneter Dr. Ambrozy, Herr Abgeordneter Ferlitsch, Herr Abgeordneter Kollmann, Herr Abgeordneter Koncilia, Herr Abgeordneter Koschitz, Frau Abgeordnete Kövari, Herr Abgeordneter Ing. Rohr, Herr Abgeordneter Schiller, Herr Abgeordneter Schlagholz, Frau Abgeordnete Mag. Trunk, *(Während der Stimmabgabe durch 1. Präs. Unterrieder übernimmt 3. Präs. Dkfm. Scheucher den Vorsitz.)* Herr Erster Präsident Unterrieder, Herr Abgeordneter Wedenig, Herr Abgeordneter Ing. Wissounig; Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Freunschlag, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, Frau Abgeordnete Kreutzer, Herr Zweiter Präsident Mitterer, Herr Abgeordneter Ing. Pfeifenberger, Herr Abgeordneter Pistotnig, Herr Abgeordneter Ing. Reichhold, Herr Abgeordneter Schretter, Herr Abgeordneter Schwager, Herr Abgeordneter Stangl, Frau Abgeordnete Steinkellner, Herr Abgeordneter Dr. Strutz, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traußnig; Herr Abgeordneter Mag. Grilc, Frau Abgeordnete Mag. Herbrich, Herr Abgeordneter Hinterleitner, Herr Abgeordneter Dr. Hofer, Herr Abgeordneter Lutschounig, Herr Abgeordneter Ramsbacher, Herr Abgeordneter Sablatnig, Herr Dritter Präsident Dkfm. Scheucher, Herr Abgeordneter Dr. Zernatto

(Nachdem die Stimmzähler die von den Abgeordneten in die Wahlurne gegebenen Stimmzettel gezählt haben, gibt der Vorsitzende das Wahlergebnis bekannt:)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf Ihnen das Wahlergebnis bekanntgeben. Es gibt 36 abgegebene Stimmen; davon sind 16 ungültig, wobei 13 mit dem Beisatz "Ambrozy" abgegeben worden sind. Gültige Stimme gibt es 20. Damit ist Herr Dr. Christof Zernatto zum Landeshauptmann gewählt. Ich darf ihm recht herzlich gratulieren und ihn bitten, seinen Platz einzunehmen. *(Starker Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion. - Klubobmann Abg. Dr. Hofer und Dritter Präsident Dkfm. Scheucher sowie alle anderen Abgeordneten der ÖVP-Fraktion gratulieren Landeshauptmann Dr. Zernatto. Frau Abgeordnete Mag. Herbrich überreicht einen prächtigen Blumenstrauß in den Landesfarben. Auf dem Weg zur Regierungsbank begibt sich Landeshauptmann Dr. Zernatto zu SPÖ-Klubobmann Dr. Ambrozy, reicht diesem die Hand und wird wiederum beglückwünscht. Weitere Gratulationen folgen.)*

Ich darf den neugewählten Landeshauptmann im Namen aller Damen und Herren Abgeordneten bitten, im Sinne der Bevölkerung unseres Landes zu wirken, so daß wir gemeinsam konstruktive Arbeit für dieses Land und für die Menschen in diesem Land leisten können.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. - Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs. Zl. 7-1/27:

Angelobung des Landeshauptmannes gemäß Art. 44 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Bevor wir die Angelobung vornehmen, teile ich mit, daß zwei Wortmeldungen abgegeben worden sind. Als erster hat sich Herr Klubobmann Dr. Strutz zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Mit dem heutigen Tag nimmt die Sozialdemokratische Partei in Kärnten, eine Partei, die jahrelang mit absoluter Mehrheit in

Kärnten regiert hat und die bei den Wahlen am 13. März die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, Abschied von ihrem Führungsanspruch; von ihrem Anspruch, im Land von der ersten Position aus zu gestalten. Sie wählte in der heutigen Wahl die viertkleinste Partei - die drittkleinste Partei ist mittlerweile die Gruppe der Nichtwähler - zum Landeshauptmann, obwohl sie die Möglichkeit gehabt hätte, selbst die Position für die nächsten Jahre inne zu haben und für ihre Mitglieder und für ihre Wähler in Kärnten zu gestalten und etwas zu erreichen. Es ist dies die totale Unterwerfung der Sozialdemokratischen Fraktion in Kärnten unter die Österreichische Volkspartei, die mit der SPÖ bereits zwei gültige Verträge unterschrieben und gebrochen hat *(Dritter Präsident Dkfm. Scheucher: Das ist die Unwahrheit!)* und deren Obmann uns gegenüber erklärt hat, er sei wild entschlossen, mit den Freiheitlichen zusammenzuarbeiten, denn die Sozialistische Partei in Kärnten driftet unter ihrem neuen Obmann in einen ideologisch extrem linken Kurs ab, der verbrämt sei, den er persönlich nicht mittragen könne und wo er wild entschlossen ist, gegen die Sozialistische Partei aufzutreten, indem er in den Referaten Veränderungen so durchführen werde, daß die Sozialistische Partei in vielen Kärnten nicht mehr gestaltend eingreifen kann.

Wir nehmen das heutige Ergebnis zur Kenntnis und werden in Zukunft allen SPÖ-Wählern und -Sympathisanten klarmachen, daß die Freiheitliche Partei jene Kraft in Kärnten ist, die ihre Interessen in Zukunft wahrnehmen wird und auch gewillt ist, den Führungsanspruch und die Position zu übernehmen.

Ich darf hier einen Brief eines hohen SPÖ ... *(Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Herr Klubobmann, entschuldigen Sie, daß ich unterbreche! Darf ich Sie um eines bitten: Der Punkt ist "Angelobung des Landeshauptmannes". Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.)* Ich spreche zum Tagesordnungspunkt 2, Angelobung des Landeshauptmannes, nachdem Sie mich ersucht haben, die Wortmeldung nicht im Rahmen des Tagesordnungspunktes 1 durchzuführen. Ich glaube, es ist nach den Debatten, die in der Vergangenheit hier im Hohen Haus geführt wurden, das Recht, aber

Dr. Strutz

auch die Verpflichtung der Freiheitlichen Partei, zu den Vorfällen Stellung zu nehmen. Ich ersuche Sie, Herr Präsident, unabhängig zu agieren und auch den Freiheitlichen hier die Möglichkeit zu einer Wortmeldung zu geben.

Hoher Landtag! Ich möchte hier den Brief eines hohen SPÖ-Funktionärs Ihnen zur Kenntnis bringen, weil er für die Situation in Kärnten symbolisch ist. Er ist an den Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei gerichtet: "Sehr geehrter Herr Dr. Haider! Meine Anerkennung zu Ihrer Rede vom Montag im Konzerthaus! Als Sozialdemokrat taten mir eigentlich nur jene Passagen weh, wo Sie sich pauschal gegen alles, was sozialistisch ist, wendeten. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß es viele Sozialisten gibt, die, obwohl nach wie vor zu sozialistischen Grundwerten stehend, unter anderem Sozialpartnerschaft, Kammern, ÖGB und Multikultur, jedoch in vielen Fragen Ihrer Meinung sind, unter anderem Ausländerproblem durch Wirtschaftsflüchtlinge, gegen den Ausgrenzer Vranitzky, gegen die Maastricht-EU und vor allem gegen Zernatto als Landeshauptmann. Nicht die FPÖ, sondern Zernatto hat den politischen Grundkonsens in Kärnten verlassen. Zernattos Besessenheit, Landeshauptmann werden zu wollen, hat im Grunde nicht nur Kärnten, sondern auch seiner ..." (*Dritter Präsident Dkfm. Scheucher: Wer hat denn diesen Brief geschrieben?*) ich werde das schon nennen, lieber Kollege, "... eigenen Partei geschadet; nur weiß es der ÖVP-Vorstand noch nicht. Er wird eben von Zernatto noch nach Belieben dominiert. Als Sozialist bin ich beschämt, wie meine Partei an Zernatto festhält, der sie zweimal verraten hat." (*Abg. Ramsbacher: Ist das ein alter Brief?*) Der Brief stammt vom 16. Mai 1994. (*Abg. Ramsbacher: Wer war der Sozialdemokrat?*) "Für mich steht fest, wenn die SPÖ als stärkste Partei Zernatto zum Landeshauptmann wählt - was Sie auf alle Fälle verhindern müssen -, daß die SPÖ für mich in Zukunft unwählbar geworden ist. Denn wer soll die SPÖ noch wählen, wenn diese automatisch die ÖVP wählt, um Busek für Vranitzky zu erhalten. Vranitzky hat sich durch die Ausgrenzung der FPÖ des weiteren Verhandlungsspielraumes beraubt und sich der Busek-ÖVP erpressungsanfällig gemacht. Auch bin ich enttäuscht, daß die SPÖ in Kärnten so

wenig Selbstvertrauen hat, stärkste Partei zu bleiben, ansonsten sie einen Pakt mit der FPÖ unterschreiben müßte, da jetzt und immer die stärkste Partei in Kärnten den Landeshauptmann stellen soll. Abschließend ersuche ich Sie, im Namen vieler Sozialdemokraten noch einmal in der Ablehnung von Zernatto festzuhalten und Sie, weiter als einziger Spitzenpolitiker Rückgrat zu beweisen. Die Wähler werden es Ihnen danken, daß Sie Kärnten vor dem Schaden einer Wahl von Zernatto bewahrt haben. Lassen Sie sich auch nicht von Intrigen und der Medienmafia unterkriegen, denn die Zahl Ihrer Freunde und Anhänger aus allen politischen Lagern wächst. Es soll Ihnen auch egal sein, ob Guggenberger von Ihnen menschlich enttäuscht ist. Bleiben Sie sich selbst weiter treu, und der Wunsch vieler wird sich erfüllen, daß Sie weiter Erfolge haben werden, für Kärnten und Österreich, die sie brauchen, als politisches Gewissen. Herzliche Grüße ..." Der Name wird jetzt von mir nicht verlesen; im eigenen Interesse, (*Lärm in der ÖVP-Fraktion. - Dritter Präsident Dkfm. Scheucher: Ja, das war zu erwarten!*), um diesen SPÖ-Funktionär ... Eure Freude ist zu früh, lieber Harald Scheucher. Ich bin schon einmal hier am Rednerpult gestanden und habe in der Folge den Namen preisgegeben. Provoziert es nicht; ich möchte hier einen Menschen decken. Es ist dieser Brief symbolisch für viele, die so in der Sozialdemokratischen Partei denken. Und wir werten diese Stimmen - es ist kein Einzelfall - als Auftrag für unseren zukünftigen Weg, auch in Kärnten.

Die Wahl des Landeshauptmannes, Hoher Landtag, erfolgt heute, nicht ganz drei Monate nach der Landtagswahl. (*Abg. Sablatnig: Dank eurer Verzögerung!*) Auch im Jahr 1989 hat es ähnlich lange gedauert. Dr. Jörg Haider ist am 31. Mai gewählt worden. Trotzdem wurde in der Öffentlichkeit, vor allem durch das Mitwirken einzelner Medien, ein Szenario entworfen, in dem der Öffentlichkeit vorgehalten werden sollte, daß aufgrund der Nichtakzeptanz des Landeshauptmannes ... Unsere Argumente und Gründe sind hier im Hohen Haus schon mehrmals erwähnt worden. Wir können es nicht akzeptieren, daß jemand, der in der Öffentlichkeit mehrmals die Unwahrheit gesagt hat, mehrmals Verträge gebrochen hat, an der Spitze dieses Landes stehen sollte. Es sollte ein

Dr. Strutz

Szenario erzeugt werden, daß hier in Kärnten sozusagen aufgrund der Blockade der Freiheitlichen Partei der Notstand ausgebrochen sei. Und es war auch der Plan, dies in einer Notstandsregierung, in einer provisorischen Regierung, münden zu lassen, indem die Freiheitlichen ausgeschlossen werden sollten.

Nur, die veröffentlichte Meinung, meine sehr geehrten Damen und Herren, stimmt mit den tatsächlichen Gegebenheiten nicht zusammen. Es war ein großer Protest der Bürgermeister inszeniert worden. Sie haben sich darüber mockiert, daß die Bedarfszuweisungen nicht ausbezahlt werden können. In Wirklichkeit haben wir bis zum heutigen Tage eine funktionierende Landesregierung, die gearbeitet hat. Die Bedarfszuweisungen, Hoher Landtag, sind immer erst Mitte Juni verhandelt worden; im Zusammenhang auch mit den Budgetverhandlungen der Bürgermeister. Wir haben einen amtierenden Finanzlandesrat gehabt, der selbstverständlich verpflichtet und auch willens war, den Bürgermeistern die nötigen Mittel, die ihnen zugesagt worden sind, auch auszubezahlen. Es gibt einige Beispiele, wo dies reibungslos funktioniert hat. Auch Landesrat Schiller hat der Öffentlichkeit erklärt, daß es in seinem zuständigen Referat (dem Gemeinwesen) zu keinerlei Problemen kommt. Ein völlig falsches Argument, das auch medial verstärkt wurde.

Auch der Auszug der Freiheitlichen wurde als undemokratisch dargestellt. Wir haben das Recht jener Gruppe in Anspruch genommen, die die meisten Stimmen zusätzlich am 13. März gewinnen konnte. Ralf Unkart, der diese Verfassung wesentlich mitgeschrieben hat, hat gemeint, daß in staatsrechtlicher Hinsicht die Blockade einer Landeshauptmannwahl unproblematisch sei; auch ist die Blockademöglichkeit angesichts der politischen Reife unserer Demokratie ungefährlich. Und das war es auch. Der Landtag und auch die Regierung sind voll arbeitsfähig. Trotzdem hat man von seiten der Medien in der Öffentlichkeit versucht, einen anderen Eindruck zu erwecken. Der Gipfel war wohl die letzte Phase, wo man in manchen Zeitungen nicht davor zurückschreckte, durch anonyme Leserbriefe freiheitliche Abgeordnete als diabolisch und

dämonisch darzustellen. Was ist tatsächlich geschehen? Nach dem Vertragsbruch durch Dr. Zernatto haben die Freiheitlichen diesen Wahlvorschlag nicht akzeptiert. Die Freiheitlichen haben aber mehrmals, insbesondere unser Parteiohmann, den Versuch unternommen, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. Jörg Haider hat sich selbst als Wahlsieger vom 13. März zurückgenommen und hat den Anspruch der Freiheitlichen Partei auch auf die Führung in diesem Lande revidiert. Wir haben gesagt, und das war der zweite Kompromiß, daß wir jeden anderen Kandidaten, der von SPÖ und ÖVP vorgeschlagen wird - und wir haben das Koalitionsrecht akzeptiert -, zum Landeshauptmann wählen werden bzw. die Wahl ermöglichen werden. Unser Parteiohmann hat selbst einen dritten Versuch getätigt, in den Redaktionsräumen der "Kronzeitung", als es zu einem weiteren Gipfelgespräch der Parteiohmänner gekommen ist, und hat auch erklärt, daß er unter gewissen Voraussetzungen bereit gewesen wäre, die Wahl kurzfristig zu ermöglichen. Auch diese, von uns ausgestreckte Hand wurde vom Parteiohmann der ÖVP ausgeschlagen, und die Türen wurden neuerlich zugemacht.

Am vergangenen Wochenende hat es auf Initiative einer Privatperson einen neuerlichen Versuch gegeben, eine Dreiparteieneinigung möglich zu machen. Ich bin davon überzeugt, daß es notwendig ist, aufgrund der Situation, in der sich Kärnten befindet, einen Konsens aller drei Parteien herbeizuführen. Doch dieser Konsens ist gescheitert. Der Parteiohmann der SPÖ (Dr. Ausserwinkler), der ÖVP (Dr. Zernatto) und Dr. Haider haben ein Gespräch geführt, wie eine Dreiparteieneinigung möglich sein hätte können. Einen Tag später lesen wir bereits in der Presse, was Inhalt dieses Gespräches gewesen ist. Es wurden alle Möglichkeiten, die die Freiheitliche Partei unterbreitet hat, um zu einem Konsens, um zu einer Dreiparteieneinigung zu kommen, desavouiert und ausgeschlagen. Das nehmen wir zur Kenntnis. (*Lärm im Hause*) Es ist der heutige Tag für uns ein Auftrag und wird den Weg für die Freiheitlichen fortzeigen; den Weg der Freiheitlichen in eine starke und markante Oppositionspolitik; in eine fundamentale Oppositionspolitik, die aufzeigen wird, wer in

Dr. Strutz

Kärnten die besseren Ideen, die besseren Lösungsvorschläge haben wird.

Robert Rogner war ein wichtiger Mann für Kärnten. Er hat sich bereit erklärt, in dieser Regierung mit seiner Wirtschaftskompetenz, mit seinen neuen Ideen mitzuarbeiten und wäre sicher prädestiniert und geeignet gewesen, neue Ideen einzubringen. Er hat aber auch in der Vergangenheit bewiesen, daß er sie umsetzen kann. Was ist geschehen? Er hat nur wenige Konzepte für den Tourismus vorgestellt, und man hat ihm wirtschaftliche Ideenlosigkeit unterstellt, Dilettantismus, und hat ihn mit scharfen Worten fertiggemacht. Man hat ihn dazu gezwungen, daß er keine Möglichkeit im Rahmen seines Referates hat, auch tatsächlich seine Ideen umzusetzen. Man hat klargemacht: Daß im Bereich der Wirtschaftsförderung zwar ein gewisser Spielraum sein kann; er kann auf der Zuschauertribüne bei den KTG-Versammlungen sitzen; er kann im Wirtschaftsfondskuratorium zuhören. Nur, die nötigen finanziellen Mittel, um auch tatsächlich echt etwas zu verändern, die wollte man ihm nicht geben. Er hat sogar bei den Parteienverhandlungen einen Vorschlag gemacht ... (*Abg. Kollmann: Persilschein kann man ihm aber keinen geben!*) Ich weiß schon, daß die SPÖ jetzt nicht gerne zuhört. Aber das ist die Wahrheit. Robert Rogner hat einen konstruktiven Vorschlag in den Dreiparteienverhandlungen gemacht. (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Ich verstehe die Nervosität. Trotzdem ersuche ich Sie, daß Sie zumindestens den Argumenten der Freiheitlichen einmal in Ruhe folgen - wenn Sie dazu in der Lage sind. Robert Rogner hat in den Dreiparteienverhandlungen einen konstruktiven Vorschlag gemacht, indem er gemeint hätte: "Wir können die Beteiligungen des Landes so umfunktionieren, in Form einen Kärnten-Holding, daß wir die Unternehmen flottkriegen, daß wir an die Börse gehen; über den Börsenweg neues Geld für das Kärntnerland lukrieren." und vieles andere mehr. Ja, nicht einmal dieser außerbudgetäre Vorschlag Robert Rogners wurde akzeptiert.

Wir sehen die heutige Wahl Zernattos (*Abg. Dr. Ambrozy: Kollege Strutz, das ist nicht wahr!*) durch die Sozialdemokratische Partei als eine Herausforderung die stimmenstärkste Partei in

Kärnten zu werden. Es wird nicht lange dauern, dieses Versprechen gebe ich hier an diesem Rednerpult ab, denn diese Koalition zwischen SPÖ und ÖVP dauert maximal zwei Jahre.

Die Freiheitliche Partei verlangt deshalb auch in diesem Zusammenhang die Offenlegung jener Vereinbarung, die die SPÖ mit der ÖVP getroffen hat, und zwar vollinhaltlich. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, was in dieser Angelegenheit hinter verschlossenen Türen ausgemacht wurde.

Abschließend noch ein zweites Verlangen: In den Parteienverhandlungen wurde von SPÖ und ÖVP versprochen, daß nach der Wahl des Landeshauptmannes Gespräche über die Referatseinteilung in der Landesregierung geführt werden. Ich darf dieses Versprechen abschließend in Erinnerung rufen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traußnig (FPÖ):

Geschätzter Her Präsident! Hohes Haus! Bevor ich meine Jungferrede (*Zwischenrufe: Die war schon!*) - Nein, ich berichtige: Ich habe mich nur einmal ganz kurz zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet und ich habe heute in dieser historischen Stunde Gelegenheit, meine Jungferrede zu halten, die ich in Erinnerung an einen großen römischen Senator "ceterum censeo cartaginem esse delendam" beginnen möchte. Gleichzeitig darf ich mich noch bei der Fraktion der SPÖ, zumindest bei den Mitgliedern, die noch anwesend sind, und bei der Fraktion der ÖVP für doch zahlenmäßig große Anwesenheit, die mich ehrt, bedanken.

Ich möchte als Demokrat nicht anstehen, vorbehaltlich daß es nicht verfassungsrechtliche Probleme bei dieser Wahl noch geben könnte, weil dem Recht unserer Fraktion auf den Wahlvorschlag nicht entsprochen wurde, dem Dr. Zernatto zu seiner Wahl herzlichst zu gratulieren, auch wenn ich darüber persönlich enttäuscht bin. Meine Enttäuschung ist aber nicht entscheidend.

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mir meine Jungferrede etwas anders vorgestellt. Ich habe nämlich gedacht, daß ich ein wenig über den vergangenen Wahlkampf berichten kann und

Dipl.-Ing. Dr. Traußnig

vielleicht den einen oder anderen persönlichen Eindruck geben könnte. Ich habe darüber hinaus auch gedacht, daß ich meinen lieben Kolleginnen und Kollegen meine Motive darlegen könnte, die mich so überraschend in die Politik geführt haben. Ich wollte auch ausführlicher über die Bedeutung der Unabhängigkeit in der Politik sprechen. Alles oder das meiste ist heute überholt. (*3. Präs. Dkfm. Scheucher: Das kannst du nicht mehr!*) Lieber Herr Kollege Scheucher, bisher hat sich die Problematik der Unabhängigkeit deshalb nicht gestellt, denn wenn die Fraktion der FPÖ für einen Standpunkt mit hundert Prozent eintritt, gibt es keine Interessenskollision, wenn ein Unabhängiger mit 102 % dieses Interesse vertritt.

Ich wollte aber meinen lieben Kollegen, die es mit der Unabhängigkeit in der Politik ernst meinen, eine Pflichtlektüre geben und sie dazu einladen, die ein junger Senator mit knapp 40 Jahren 1955 geschrieben hat, sein Name war John F. Kennedy. "Zivilcourage" ist der deutsche Titel, das Original heißt "Profils in courage". Ich möchte dieses Buch vor allem der Presse empfehlen, vor allem jenen Mitgliedern der Presse, die sich Journalisten von unabhängigen Printmedien bezeichnen, denn das ist heute in dieser entscheidenden Zeit sehr wichtig. Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt dieses Printmediums vom 24. April 1994, Seite 3, vor mir, das sich als das größte unabhängige Printmedium in diesem Lande bezeichnet. Die Dame, die dort ganzseitig einen Bericht schreibt, würde ich gerne als "Gewürzkolumnistin" bezeichnen und darf hier folgendes vorlesen. Sie sagt über Dr. Zernatto, bitte, das ist 24. April 1994:

"Als ernst zu nehmender Politiker, disqualifiziert hat er ihn allemal, der Bruch seines Paktes mit der FPÖ. Die Stornierung des Geschäftes ändert nichts daran, daß Zernatto und Co. aus Versessenheit" - ich zitiere ein unabhängiges Medium - "auf einen einzigen Posten, den Landeshauptmann, bereit waren, die Partei zu verkaufen. Und als Vertragspartner hat sich Zernatto in den letzten Tagen jeder Glaubwürdigkeit beraubt. Bisher hat er einen Pakt zwischen ihm und Ambrozy immer bestritten, dieser Tage war seine Unterschrift darauf

schwarz auf weiß zu lesen. Die Lehre daraus: Zernattos Unterschrift ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Für das höchste Amt im Lande ist das keine Empfehlung." Diese Dame hat dann noch geendet: "Wahrscheinlich wäre es doch das Beste, würden die Wähler noch einmal gefragt werden."

Wenn man sich in Erinnerung ruft, wie dieses unabhängige Medium in den letzten Tagen Hofberichterstattung betreibt, dann ist die Bedeutung der Unabhängigkeit in diesem Lande besonders groß. (*Abg. Sablatnig: Das gilt für Dr. Traußnig!*) Selbstverständlich, lieber Kollege, ich komme schon dorthin!

Ich habe mir vor meiner heutigen Jungferrede noch einmal meinen kurzen Wortlaut zur Geschäftsordnung im Protokoll durchgelesen und kann freudig feststellen, daß ich kein einziges Wort ergänzen oder zurücknehmen müßte. Ich habe dort aus meiner Überzeugung den Herrn amtierenden Landeshauptmann Dr. Zernatto zum Rücktritt aufgefordert, weil ich es nicht verstehe, daß es in einer westlichen Demokratie möglich ist, daß der höchste Repräsentant des Landes die Bevölkerung des Landes offensichtlich und wiederholt belügt, und dies noch unter der Devise, daß er die Glaubwürdigkeit für sich selbst auf einen besonders hohen Standard setzt. Es ändert sich für mich daher überhaupt nichts, ob Dr. Zernatto der Altlandeshauptmann ist, der die Geschäfte weiterführt, ob er allenfalls der heute, wie es in der Diskussion angeklungen ist, mögliche neugewählte provisorische Landeshauptmann ist oder - (*Zu Abg. Ramsbacher:*) Herr Kollege, da ist der Platz, wenn Sie zuhören wollen, sonst müssen Sie hinausgehen! (*Vorsitzender: Ich darf schon bitten, daß man zur Sache spricht! - Zwischenruf von der ÖVP-Fraktion.*) Nein, lieber Kollege. Entweder nimmt er Platz oder er verläßt den Raum. Wenn ich zu stark war, lieber Herr Kollege, entschuldige bitte. Das wollte ich nur sagen. (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Für die Einhaltung der Geschäftsordnung und für die Abführung der Sitzung ist der Präsident zuständig. Sie sind am Rednerpult, Herr Abgeordneter, ich bitte Sie zu sprechen.*) Danke, ich spreche schon weiter. Ich wollte nur sagen, daher ist für mich überhaupt kein Unterschied gegeben, ob Zernatto Altam-

Dipl.-Ing. Dr. Traußnig

tierender oder heute Neugewählter ist. Ich werde daher auch in Hinkunft, solange ich die Ehre habe, in diesem Hohen Hause das Wort zu ergreifen, ihn ersuchen und auffordern, bitte zurückzutreten.

Ich komme zu drei historischen Beispielen, die wir alle kennen: In der Bundesrepublik Deutschland hat es bis vor wenigen Monaten einen Kanzlerkandidaten der SPD gegeben, namens Björn Engholm. Er war der gewählte nicht Landeshauptmann, sondern Ministerpräsident von - (*Zwischenruf von der Zuschauergalerie.*) Schleswig-Holstein. Ich bedanke mich. Er hat seinen Wahlkampf geführt. Schauen Sie, wie gut die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung auf der Zuschauertribüne funktioniert. Er hat nach dem Tode von Barschel einen Wahlkampf der Ehre geführt und sehr hoch gewonnen. Sein Image ist in der Bundesrepublik so stark gewesen, daß er über kurz auch zum Kanzlerkandidaten der SPD gekürt wurde. Nur was ist passiert? Als man daraufgekommen ist, daß dieser Charaktermann in einem Untersuchungsausschuß die Unwahrheit gesprochen haben könnte, der Beweis mußte gar nicht geführt werden, hat er von sich aus selbstverständlich die Konsequenzen gezogen (*Abg. Dr. Ambrozy: Zur Sache sprechen!*) und ist zurückgetreten. Er ist menschlich ein Ehrenmann geblieben. (*Zwischenruf von der ÖVP-Fraktion.*) Sie müssen den Herrn Björn Engholm direkt fragen. Faktum ist, daß er aus diesem Grunde zurückgetreten ist. (*Zwischenruf von der ÖVP-Fraktion: Es ist schrecklich, wenn es nicht bewiesen ist und er tritt zurück!*)

Das zweite historische Beispiel aus unserem deutschen Nachbarland ist der Bundeskanzler Willy Brandt, der vor 20 Jahren und zwei Monaten deshalb zurückgetreten ist, weil er sich in seinem persönlichen Sekretär Günther Guillaume getäuscht hat, der ein Spion Ostdeutschlands gewesen ist. Die eigene Partei hat ihm empfohlen, tritt bitte nicht zurück, es ist keine Notwendigkeit, aber er als Kanzler hat gesagt, nein, der erste Mann im Staate muß sich selbst eine so hohe Glaubwürdigkeitslatte legen und die auch beweisen, ansonst ist er unglaubwürdig. Er trat zurück und ist Ehrenmann bis zum Schluß gewesen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Zur Sache!*)

Es gibt noch andere Beispiele, das letzte erspare ich Ihnen. Sie haben mich überzeugt. Garry Hart, der Senator aus Colorado, der ganz knapp der Präsidentschaftskandidat gegen Bush geworden wäre, ist auch über seine Glaubwürdigkeit gestolpert.

Dr. Zernatto wurde von niemandem gezwungen, sondern hat aus freien Stücken nach reiflicher Überlegung das Thema des Wahlkampfes auf die Glaubwürdigkeit in der Politik und den Charakter gesetzt. Er hat die Kärntner bitterlich enttäuscht und ist, das ist meine tiefste Überzeugung, auch in Hinkunft nicht tragbar. Ich vermute, daß er es dann einsehen und zurücktreten wird, wenn er seinen Pensionsanspruchsanfall erlebt hat, was in wenigen Monaten der Fall sein wird. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Hohes Haus! Geschätztere Herr Präsident! Ich habe hier auch einen Brief, den ich verlesen möchte. (*Zwischenrufe und Unmutsäußerungen von der Galerie. - Abg. Wedenig: Ist das eine Märchenstunde oder was denn?!*) Den hat mir, Herr Kollege, mein Vater knapp vor seinem Tod übergeben. Er war auch einmal Abgeordneter in diesem Hause. Es war dies eine kleine Mappe von persönlichen Schreiben und Unterlagen. Er hat mir das in einer ernsten Stunde übergeben, die ich als Gespräch zu Charaktersache in der Politik bezeichnen wollte. (*Vorsitzender: Ich würde schon bitten, daß wir zur Sache sprechen. Das ist weitest ausgelegt! - Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.*) Das Datum dieses Briefes ist Wien, 15. April 1948. Als Absender ist eingestantzt "Der Bundeskanzler" Die Anrede ist: "Lieber Adolf, lieber Freund!" Zum Schluß: "Herzlichst grüßend, Dein Leopold Figl."

Hohes Haus! Es freut mich, daß es hier so still geworden ist. Es hat in dieser Österreichischen Volkspartei unzählige Charaktermänner gegeben, Leopold Figl war einer. Weiter waren es Raab, Gorbach, Klaus, Kamitz, Withalm, Schleinzer und viele andere von den toten Bundespolitikern. Ich nenne drei Landespolitiker: Haslauer, Wallnöfer und Krainer Senior, das sind alles Ehrenmänner gewesen. Von den lebenden ÖVP-Ehrenmännern darf ich zwei für eine hoffentlich große Anzahl nennen: Dr. Mock und Dr. Krainer Junior. Wie werden diese Ehrenmänner sich

Dipl.-Ing. Dr. Traußnig

verhalten, wenn sie unter vier Augen mit Dr. Zernatto sprechen müssen und ihm sagen: Um Gottes willen, wohin hast du mich geführt? (*Zwischenrufe von der ÖVP-Fraktion.*) Der Mann, der mit "Dein Figl" unterschrieben hat, war Landeshauptmannkollege von Dr. Zernatto. (*Zwischenrufe des Abg. Kollmann.*) Melden Sie sich zu Wort, Herr Kollege, dann können Sie heraußen sprechen. Nach meiner Überzeugung dreht sich der, um mit einem bäuerlichen Wort zu sprechen, heute noch in seinem Grabe um, weil er weiß, ein Wort von diesem Landeshauptmann hat überall gegolten.

Wir kommen demnächst zu den Schulschlußfeiern. Wie stellen Sie sich vor, daß der Dr. Zernatto, der wiederholt in diesem Wahlkampf gelogen hat, vor junge Männer hintreten kann? (*Lebhafte Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.*) Der wiederholt die Unwahrheit gesagt hat! (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, Ihren Ton etwas zu mäßigen und diese aufgeheizte Stimmung nicht noch anzuheizen! Ich bitte Sie, weiter zu sprechen. - Abg. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wo ist hier die Objektivität? Es wurde auch in der letzten Sitzung kein Ordnungsruf erteilt, wo wir angeschüttet worden sind! Es sind in den letzten Sitzungen Äußerungen gegen uns gefallen, die entwürdigend waren! - Vorsitzender: Ich habe keinen Ordnungsruf erteilt! - Abg. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wo ist hier die Objektivität der letzten Sitzungen? Es sind dort Worte gegen uns gefallen, die entwürdigend waren! - Vorsitzender: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Freunschlag, ich erteile Ihnen den Ordnungsruf! - Abg. Dipl. Ing. Freunschlag: Schon gut!*) Herr Präsident, Sie haben recht, man muß bitte in der Wortwahl gemäßigt, aber man darf ruhig in der Sache kantig sein. (*Abg. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das ist eine Frechheit, so etwas! Das ist eine unglaubliche Schweinerei!*) Ich bin davon überzeugt, daß es unhaltbar sein wird, wenn bei einer Schulschlußfeier der Landeshauptmann vor die jungen Menschen hintritt und sie auffordert, werdet anständige Staatsbürger, lügt nicht, haltet euer Wort. (*Abg. Dipl.-Ing. Freunschlag: Es hat in den letzten Sitzungen keinen Ordnungsruf gegeben! Angeschüttet sind wir worden!*)

Ich bin daher auch davon überzeugt, daß er großen Schaden für das Land aus dem Grund

bedeutet, weil sich ausländische Investoren dreimal überlegen werden, ob sie irgendeinen Schilling, den wir in diesem Lande notwendig brauchen, hier investieren, denn sie müssen zwangsläufig mit dem höchsten Repräsentanten sprechen, dessen Wort nichts gilt.

Ich komme noch zur SPÖ. Ich kenne mich dort nicht so gut aus, aber ich bin davon überzeugt, daß auch diese Partei große Ehrenmänner hatte und noch immer hat. Ich darf hier einen zitieren, nämlich den früheren langjährigen Parteiobmann und Landeshauptmann Leopold Wagner. Er wurde in einer Zeitung zitiert. Wenige Tage, nachdem man in Kärnten draufgekommen ist, daß Dr. Zernatto die Kärntner Bevölkerung belogen hat, hat er mit seiner mäßigen ruhigen Stimme gesagt: "Na, irgendetwas wird aber auch unsere Partei dazu beitragen müssen, daß die Glaubwürdigkeit dieses charakterlosen Menschen ins richtige Lot gerückt wird." Ich habe dem nichts anzufügen.

Ich komme zum Schluß meiner Rede. Ich habe bewußt diese fünf Worte, die wir aus der Geschichte kennen, vorangestellt, weil sie von einem Ehrenmann stammen, nämlich dem Senator Cato, der im alten Rom jede seiner Reden, die er über Jahre im Senat gehalten hat, mit diesen fünf Worten begonnen und beschlossen hat. Er hat damit zum Ausdruck gebracht: Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergessen wir nicht bei aller Alltagsproblematik, ganz egal, ob wir zum Budget, vielleicht damals zur Sklavenhaltung, zur Marinefinanzierung oder zum Straßenbau sprechen, wir brauchen übergeordnete Leitlinien. Damals war die übergeordnete Leitlinie die Sorge, daß diese junge Republik, es war immerhin um 150 vor Christus, nicht erfolgreich aufgebaut werden kann, weil der große Feind jenseits des Mittelmeeres Kartago gewesen ist. Dieser Ehrenmann hat es durchgehalten, bis Kartago zerstört wurde. Würde dieser Cato heute im Landtag von Kärnten seine Jungfernrede halten, so bin ich überzeugt, daß er sich mit der Glaubwürdigkeit in der Politik auseinandersetzen und ebenso Dr. Zernatto auffordern würde, zurückzutreten.

Jetzt bin ich am Ende. Ich werde jede meiner nächsten Wortmeldungen in diesem Hause mit sechs Worten in Anlehnung an diesen großen Mann beenden und beginnen, die da lauten:

Dipl.-Ing. Dr. Traußnig

Cetero censio Zernatto mores non habere. Zu Deutsch: Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin leider Gottes zutiefst enttäuscht, daß der alte neue Landeshauptmann Dr. Zernatto ein charakterloser Politiker ist. Ich bedanke mich. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Wahl des Landeshauptmannes und nun in der Folge der Landesregierung steht scheinbar unter keinem guten Stern, denn die Zusammenarbeit in diesem Hohen Haus erscheint mir zumindest mit einem Teil dieses Hohen Hauses nur schwer denkbar und möglich.

Ich darf nur ganz kurz auf die Charakteristik hinweisen: Wenn gerade der Herr Abgeordnete Dr. Traußnig jetzt bei jedem zweiten Wort den Titel "Ehrenmann" verwendet hat, dann ist es für mich zumindest bedenklich, daß der Bezirkshauptmann von Wolfsberg von Haider's Gnaden, obwohl wir wissen, daß es bedenklich war, gerade davon spricht und gleichzeitig die Funktion eines freigewählten Mandatars und Abgeordneten ausübt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Wenn hier Ehrenmänner genannt wurden, wie er sie bezeichnet hat, dann darf ich ein altes Sprichwort anwenden: "Toter Indianer, guter Indianer; *(Zwischenrufe und Heiterkeit von der Galerie.)* tote Politiker von anderen Parteien, gute Politiker." Ich weiß schon, daß Sie auf diese Ehrenmänner in Ihrer Partei nicht zurückgreifen können. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Wo wir als Sozialdemokraten in diesem Hause stehen, darf ich Ihnen sagen: Niemals in der politischen Geschichte war einmal die Sozialdemokratische Partei mit Gewalt verbunden. Ihrer Vorgängerpartei ist das vorbehalten geblieben und daher haben Sie auch keine Ehrenmänner in der Vergangenheit. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Geschätzte Damen und Herren! Ich weiß schon, daß es gerade für uns, als Sozialdemokraten, heute nicht leicht ist, in diesem Hohen Haus zu sein *(Abg. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das ist un-*

glaublich, so etwas!) und daß es nicht leicht ist, heute auch diese Wahl getroffen zu haben. Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich möchte schon etwas sagen: Dies, nachdem der Vertrag zwischen ÖVP und FPÖ nicht eingehalten wurde, weil, wie wir in der Zwischenzeit gehört haben, der Machtausch, der Machtanspruch der FPÖ so deutlich überhand genommen hat. Ich erinnere an die Referatsaufteilung, ich erinnere an die Inbesitznahme eines ÖVP-Regierungssitzes. Sie beklagen sich heute über Medienjustiz. Meine Damen und Herren! Jahrelang hat eine Zeitung, wie Sie heute gemeint haben, Hofberichterstattung gemacht. Damals war es in Ordnung - aber wenn man jetzt darauf verweist, daß das nicht immer so sein kann und daß man endlich auch merkt, welche Politik tatsächlich betrieben wird: dann spielen Sie den Wehleidigen.

Wir haben auch gemerkt, wie Sie sich im Zusammenhang mit der Auflösung des Vertrages bei einem Besuch, um es so zu bezeichnen, im Landesstudio des Österreichischen Rundfunks verhalten haben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn der Herr Klubobmann Strutz heute hier gemeint hat, daß Dinge nicht eingehalten werden, dann darf ich doch zum Ausdruck bringen, daß es bis zu einem gewissen Grad einen Wählertäuschung war. Denn die zwei ersten Männer der FPÖ, nämlich Dr. Haider und Rogner, gehören nicht mehr diesem Hohen Haus an. Herr Abgeordneter Strutz, wenn man dem Vorwahlergebnis und den Stimmen gefolgt wäre, die gerade bei Ihnen waren, dann wären diese beiden Herren im Landtag - aber vielleicht der eine oder andere von Ihnen nicht. *(Abg. Schretter: Und ihr setzt einen hinauf, der gar nicht auf der Liste war!)* Ich erinnere an Ihren Nachbar; der Herr Ing. Reichhold sitzt neben Ihnen. Der ist gekommen, ohne auf irgendeiner Liste gewesen zu sein. *(Lärm im Hause. - Abg. Dr. Strutz: Er hat auf der Landtagsliste gestanden. Sagen Sie nicht die Unwahrheit! Das steckt an!)*

Wenn der Herr Klubobmann Strutz einen FPÖ-Brief verlesen hat *(Abg. Dr. Strutz: SPÖ-Brief!)*, oder, unbewiesen, einen SPÖ-Brief verlesen hat, so wird er schon wissen, von wem er ihn bekommen hat. Vielleicht hat ihn der Herr Mölzer

Koncilia

geschrieben? (*Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion*) Aber dessenungeachtet, wir könnten jetzt natürlich eine Reihe von Menschen, Mandataren aufzählen, die einmal der FPÖ angehört haben und die freiwillig oder unfreiwillig nicht mehr dieser Partei angehören. Wenn man diese Männer und Frauen, die bei Ihnen einmal in der Partei waren, anhören würde, dann bräuchten wir länger als einen Tag, wenn man alles vorlesen würde, was die über Sie zu sagen haben.

Daher, glaube ich, ist die SPÖ - auch wenn sie das heute schweren Schrittes getan hat! - eine Partei, die zu ihrem Wort steht! Es ist nach dem Bruch ÖVP-FPÖ zu neuen Verhandlungen mit der ÖVP gekommen. Es hat dort ein Koalitionsabkommen gegeben, und man hat sich geeinigt. Zu dem, was mit der SPÖ vereinbart wird, stehen wir auch heute; auch schweren Herzens. Wenn Sie jetzt dieses unmoralische Angebot gemacht haben, das Sie mehrfach schon durchklingen haben lassen... (*Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion*) Herr Abgeordneter Strutz, Sie selbst waren es, der bei der letzten Obmännerkonferenz gemeint hat: Nie werden Sie das ermöglichen. (*Abg. Dr. Strutz: Ambrozy zu wählen, ist doch kein unmoralisches Angebot!*) Heute ist offensichtlich dieser Sanktnimmerleinstag, den Sie angekündigt haben; wo Kärnten wieder einen Landeshauptmann und auch wieder eine Regierung haben wird. Ich bin davon überzeugt, daß diese Regierung und daß auch die Mehrheit in diesem Landtag bereit ist, zu arbeiten. (*Abg. Schretter: Du schüttest deine eigenen Leute an! - Lärm im Hause. - Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Koncilia. Ich bitte das Hohe Haus, ein bisserl das Gesicht zu wahren!*) Wenn die SPÖ heute bei der Wahl des Landeshauptmannes Zernatto mitgewirkt hat, dann haben wir es getan, weil wir nicht die Parteipolitik in den Vordergrund stellen, sondern weil uns die Menschen, die Kärntnerinnen und Kärntner, am Herzen liegen. Und für die haben wir zu arbeiten - aber nicht für eine Partei. (*Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Herr Klubobmann Dr. Hofer zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Heute ist der 86. Tag nach der Landtagswahl in Kärnten. Es ist daher wahrlich hoch an der Zeit, daß wir zur Wahl des Landeshauptmannes gekommen sind und zur Wahl der Landesregierung jetzt hoffentlich in Bälde kommen werden.

Die Ereignisse in Kärnten haben national und international Schaden für unser Land eingebracht. Wie die Volkspartei diese Ereignisse beurteilt, wurde hier, im Hohen Haus, mehrmals und sehr ausführlich dargelegt. Ich meine, daß es sich heute erübrigt, auf diese Dinge einzugehen. Ich darf aber doch eines ganz klar feststellen: Diese Situation in Kärnten wurde durch Rechtsbruch und Verfassungsbruch der Freiheitlichen Fraktion hier bewerkstelligt. Darauf sind diese Dinge zurückzuführen.

Meine Damen und Herren! Der heutige Tag ist für Kärnten zu wichtig. Ich möchte daher diesen Tag keineswegs zu einem Tag der Polemik machen. Ich glaube, die Kärntner Politik muß angesichts dieser Ereignisse jetzt zur Arbeit schreiten! Wir wollen, daß in Kärnten endlich für die Bevölkerung gearbeitet wird. Die destruktive Haltung, die sich jetzt abzeichnet - seitens der FPÖ-Fraktion! -, die wird uns dabei nicht hindern.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auch nicht auf die Ebene hinabgeben, die heute hier von einigen Rednern eingenommen wurde. Ich glaube, daß sich die Rede des Dr. Traußnig selbst richtet, und es wird Gelegenheit geben, darauf näher einzugehen. Es ist heute in der Presse gestanden, daß es angesichts dieser Ereignisse weder Sieger noch Verlierer gibt. Meine Damen und Herren von der FPÖ: Sie haben sich heute selber zu Verlierern gemacht! (*Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion*)

(*Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Geschäftsordnung, Klubobmann Dr. Strutz, bitte!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Der Abgeordnete Koncilia hat erklärt, der FPÖ und ihrer Vorgängerpartei ist es vorbehalten gewesen, Gewalt anzuwenden. Ich ersuche, ihm für diese Aussage einen Ordnungsruf zu erteilen.

Der Abgeordnete Hofer hat der Freiheitlichen Partei Rechtsbruch und Verfassungsbruch vorgeworfen. Ich ersuche ebenfalls, ihm dafür einen Ordnungsruf zu erteilen. (*Abg. Kollmann: Mimosenhaft ist das!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich behalte mir die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung vor. Es hat auch der Abgeordnete Traußnig "charakterlos" und "Lügner" gesagt. Ich werde alle drei Fälle behandeln und das nächstemal zur Sprache bringen.

Hohes Haus! Gemäß Art. 44 Landesverfassungsgesetz haben die Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag das Gelöbnis zu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und den Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen! (*Die Anwesenden erheben sich.*)

Schriftführer Direktor **Dr. Putz**:

Die Gelöbnisformel lautet: "Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen."

Vorsitzender Erste Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann Dr. Zernatto!

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Ich gelobe!

(*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Die Anwesenden nehmen wieder Platz.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen zum 3. Tagesordnungspunkt:

3. Ldtgs. Zl. 8-1/27:

Wahl des Ersten und des Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreters gemäß Art. 43 Abs. 2 der Landesverfassung für das Land Kärnten

Hohes Haus! Die Wahl des Landeshauptmann-Stellvertreters erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht, wobei aufgrund des jüngsten Wahlergebnisses das Vorschlagsrecht für den Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter der SPÖ und für den Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter der FPÖ zufällt. Es gelten dieselben Vorschriften wie für die Wahl des Präsidenten.

Ich ersuche die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten und den Schriftführer, die Damen und Herren Abgeordneten nach der Stärke der Fraktionen alphabetisch zur Stimmabgabe aufzurufen. Es liegen zwei getrennte Stimmzettel vor. Die Wahl erfolgt durch Ankreuzen in einem Wahlgang. Ich ersuche daher, beide Stimmzettel - auch wenn nicht beide angekreuzt sind - in das Wahlkuvert zu legen.

Bitte, Herr Schriftführer!

Schriftführer Direktor **Dr. Putz**:

Frau Abgeordnete Achatz, Herr Abgeordneter Dr. Ambrozy, Herr Abgeordneter Ferlitsch, Herr Abgeordneter Kollmann, Herr Abgeordneter Koncilia, Herr Abgeordneter Koschitz, Frau Abgeordnete Kövari, Herr Abgeordneter Ing. Rohr, Herr Abgeordneter Schiller, Herr Abgeordneter Schlagholz, Frau Abgeordnete Mag. Trunk, Herr Erster Präsident Unterrieder

Dr. Putz

(Während des Wahlganges des Ersten Präsidenten führt der Zweite Präsident den Vorsitz.) Herr Abgeordneter Wedenig, Herr Abgeordneter Ing. Wissounig, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Freunschlag, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, Frau Abgeordnete Kreuzer, Herr Zweiter Präsident Mitterer, Herr Abgeordneter Ing. Pfeifenberger, Herr Abgeordneter Pistotnig, Herr Abgeordneter Ing. Reichhold, Herr Abgeordneter Schretter, Herr Abgeordneter Schwager, Herr Abgeordneter Stangl, Frau Abgeordnete Steinkellner, Herr Abgeordneter Dr. Strutz, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traubnig, Herr Abgeordneter Mag. Grilc, Frau Abgeordnete Mag. Herbrich,

Herr Abgeordneter Hinterleitner, Herr Abgeordneter Dr. Hofer, Herr Abgeordneter Lutschounig, Herr Abgeordneter Ramsbacher, Herr Abgeordneter Sablatnig, Herr Dritter Präsident Dkfm. Scheucher, Herr Abgeordneter Landeshauptmann Dr. Zernatto.

(Nachdem die Stimmzähler die von den Abgeordneten in die Wahlurne gegebenen Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende das Wahlergebnis bekannt:)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt:

Für den Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Michael Ausserwinkler hat es 36 abgegebene, 15 ungültige und 21 gültige Stimmen gegeben. Die Wahlzahl ist 8. Damit ist Herr Dr. Michael Ausserwinkler zum Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt. Ich darf ihm im Namen des Hauses recht herzlich gratulieren. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Für den Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Matthias Reichhold: Abgegebene Stimmen 36, ungültige Stimmen 20 und gültige 16. Die Wahlzahl ist 7. Herr Ing. Matthias Reichhold ist damit zum Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt. Ich darf ihm namens des Hauses recht herzlich gratulieren. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 9-1/27:**Wahl der Landesräte und der Ersatzmitglieder der Mitglieder der Landesregierung gemäß Art. 43 Abs. 3 und 4 der Landesverfassung für das Land Kärnten**

In gleicher Weise sind nach Art. 43 Abs. 3 und 4 Landes-Verfassungsgesetz Landesräte zu wählen, wobei die Fraktionen so viele Namen von Wahlwerbern für die Landesregierung vorschlagen dürfen, als der im Landtag vertretenen Partei an Mitgliedern in der Landesregierung unter Einrechnung des gewählten Landeshauptmannes und der beiden gewählten Landeshauptmann-Stellvertreter nach dem Verhältniswahlrecht zukommen. Im Falle einer Verhältniswahl ist diese Einrechnung in der Verfassung eindeutig geregelt. Bei Verhältniswahlen steht der entsprechende Wahlvorschlag ausschließlich einer bestimmten Fraktion zu. Es ist daher der Erste Landeshauptmann-Stellvertreter, da der Wahlvorschlag nach dem Verhältniswahlrecht der SPÖ zukommt, egal, wen sie nominiert hat, der SPÖ zuzurechnen. Dasselbe gilt beim Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter für die FPÖ. Nicht eindeutig geregelt ist diese Einrechnung bei Mehrheitswahlen, denn bei Mehrheitswahlen kann jeder Abgeordnete oder auch eine Gruppe von beliebig vielen Abgeordneten einen Wahlvorschlag einbringen. Die Zurechnung ist dann eindeutig, wenn der Wahlvorschlag von einem oder mehreren Abgeordneten derselben Partei eingebracht wird und auf einen Kandidaten derselben Partei lautet. Für den Fall, daß Abgeordnete mehrerer Fraktionen einen Wahlvorschlag einbringen oder für den Fall, daß der bzw. die Vorschlagenden oder der vorgeschlagene Kandidat nicht derselben Partei angehören oder der Vorgeschlagene überhaupt keiner politischen Partei angehört, ist eine formelle eindeutige Zuordnung verfassungsmäßig nicht geregelt. Bevor wir zur Wahl schreiten, ist daher auch in formeller Hinsicht durch einfachen Landtagsbeschluß einwandfrei festzustellen, welcher Fraktion der

Unterrieder

Kandidat, der der Spitzenkandidat der ÖVP ist, nach Art. 43 Abs. 3 Landes-Verfassungsgesetz, also bei der Zuteilung der Mandate der Landesräte, nach dem Verhältniswahlrecht zuzurechnen ist. Es besteht ein Koalitionsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP, in dem unter anderem vereinbart wird, den Spitzenkandidaten der ÖVP zur Wahl zum Landeshauptmann vorzuschlagen. Das ist geschehen und der Spitzenkandidat der ÖVP Dr. Christof Zernatto wurde zum Landeshauptmann gewählt.

Geschätzte Damen und Herren! Ich mache von der Bestimmung des § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung Gebrauch, wonach der Präsident den Landtag um dessen Meinung zu befragen hat, wenn ein Fall eintritt, für welchen dieses Gesetz keine Bestimmung enthält. Ich halte ausdrücklich fest, daß es für mich eindeutig ist, daß Dr. Christof Zernatto Kandidat der ÖVP ist, da aber im Umfeld mit der Wahl des Landeshauptmannes schon viele namhafte Rechts- und Verfassungsexperten strapaziert wurden und ich verhindern möchte, daß auch nur die geringste Gefahr besteht, daß eine nicht verfassungskonforme Wahl erfolgt, stelle ich an den Landtag folgende Frage: Ist der Landtag der Meinung, daß der von den Abgeordneten des SPÖ-Klubs vorgeschlagene und von den Abgeordneten des ÖVP-Klubs unterstützte Spitzenkandidat der ÖVP Dr. Christof Zernatto bei der Berechnung der Anzahl der Mandate der ÖVP zuzuordnen ist? Wer dem zustimmt, daß auch in dieser formellen Hinsicht Dr. Christof Zernatto der ÖVP zuzuordnen ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich bitte um Zustimmung. - Danke, das ist die Mehrheit.

Wir kommen damit zum Wahlakt. Es stehen demnach der SPÖ das Vorschlagsrecht für zwei Landesräte, der FPÖ für einen Landesrat und der ÖVP ebenfalls für einen Landesrat zu. Es liegen drei jeweils ordnungsgemäß unterstützte verfassungskonforme Wahlvorschläge vor.

Zum Wahlvorschlag der SPÖ ist festzustellen, daß wie beim Kandidaten für den Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter dieser nicht dem Landtag angehören, aber zum Landtag wählbar sein muß. Laut Mitteilung der Landeswahlbehörde ist dies bei Dr. Haller der Fall. Er hat überdies schriftlich für den Fall seiner Wahl zum Mitglied der Kärntner

Landesregierung auf sein Bürgermeisteramt in der Marktgemeinde Eisenkappel-Vellach verzichtet, wie dies aufgrund des Art. 41 Abs. 2 unserer Landesverfassung erforderlich ist. Die Wahlvorschläge enthalten auch die Namen der Ersatzmitglieder für die Mitglieder der Landesregierung.

Die Wahl erfolgt durch Ankreuzen wieder in einem Wahlgang, weshalb ich bitte, da für jeden Wahlvorschlag einer Fraktion ein einzelner Stimmzettel aufliegt, alle drei Stimmzettel, auch die nicht angekreuzten, so wie beim vorigen Wahlgang, in das Wahlkuvert zu legen. Die Prozedur ist dieselbe.

Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung der Wahlvorschläge.

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Die Wahlvorschläge lauten:

Für die SPÖ: Dr. Dietfried Haller zum Landesrat, Karin Achatz zur Landesrätin. Als Ersatzmitglieder: Abgeordneter Wedenig für Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler, Abgeordneter Kollmann für Landesrat Dr. Haller, Abgeordnete Mag. Trunk für Landesrätin Achatz.

Der Wahlvorschlag der FPÖ lautet: Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag zum Landesrat, zu seinem Ersatzmitglied Abgeordneter Schretter. Zum Ersatzmitglied für Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold Abgeordneter Franz Schwager.

Der Wahlvorschlag der ÖVP lautet: Abgeordneter Robert Lutschoung zum Landesrat und zu seinem Stellvertreter Abgeordneter Johann Ramsbacher. Zum Stellvertreter für Landeshauptmann Dr. Zernatto Abgeordneter Dr. Hofer.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich ersuche die Stimmzähler und den Schriftführer um die Durchführung der Wahl.

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Frau Abgeordnete Achatz, Herr Abgeordneter Dr. Ambrozy, Herr Abgeordneter Ferlitsch, Herr Abgeordneter Kollmann, Herr Abgeordneter Koncilia, Herr Abgeordneter Koschitz, Frau Abgeordnete Kövari, *(Den Vorsitz übernimmt bis nach der Stimmenabgabe des Ersten Präsidenten Unterrieder Zweiter Präsident Mitterer.)* Herr Abgeordneter Ing. Rohr, Herr Abgeordneter Schiller, Herr Abgeordneter Schlagholz, Frau Abgeordnete Mag. Trunk, Herr Erster Präsident Unterrieder, Herr Abgeordneter Wedenig,

Herr Abgeordneter Wissounig, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Freunschlag, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, *(Den Vorsitz führt wieder Erster Präsident Unterrieder.)* Frau Abgeordnete Kreutzer, Herr Zweiter Präsident Mitterer, Herr Abgeordneter Ing. Pfeifenberger, Herr Abgeordneter Pistotnig, Herr Abgeordneter Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold, Herr Abgeordneter Schretter, Herr Abgeordneter Schwager, Herr Abgeordneter Stangl, Frau Abgeordnete Steinkellner, Herr Abgeordneter Dr. Strutz, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Traußnig, Herr Abgeordneter Mag. Grilc, Frau Abgeordnete Mag. Herbrich, Herr Abgeordneter Hinterleitner, Herr Abgeordneter Dr. Hofer, Herr Abgeordneter Lutschounig, Herr Abgeordneter Ramsbacher, Herr Abgeordneter Sablatnig, Herr Dritter Präsident Dkfm. Scheucher, Herr Abgeordneter Landeshauptmann Dr. Zernatto.

(Nachdem die Stimmenzähler die in die Wahlurne gegebenen Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende folgendes Wahlergebnis bekannt:)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich gebe das Wahlergebnis bekannt:

Für den SPÖ-Vorschlag Landesrat Dr. Dietfried Haller: Abgegebene Stimmen 36, ungültig 13, gültige Stimmen 23. Dr. Dietfried Haller ist hiemit zum Landesrat gewählt. Ich gratuliere ihm recht herzlich. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Das Wahlergebnis für die Frau Landesrätin Karin Achatz: Abgegebene Stimmen 36, ungültige 13, gültige 23. Frau Abgeordnete Karin Achatz ist hiemit zur Landesrätin gewählt. Ich darf ihr recht herzlich gratulieren. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Als Ersatzmitglieder für Dr. Michael Außerwinkler wurde Abgeordneter Dietmar Wedenig, für Landesrat Dr. Haller Abgeordneter Kollmann und für die Landesrätin Achatz Frau Abgeordnete Melitta Trunk vorgesehen. Alle haben die erforderlichen Stimmen erhalten. Ich gratuliere allen dreien. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Auf den FPÖ-Vorschlag Landesrat Dipl.-Ing. Freunschlag: Abgegebene Stimmen 36, ungültige 20, gültige Stimmen 16. Die Wahlzahl ist 7. Herr Dipl.-Ing. Freunschlag ist damit zum Landesrat gewählt. Ich gratuliere ihm recht herzlich. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Als Ersatzmitglied für Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Matthias Reichhold wurde Abgeordneter Franz Schwager vorgeschlagen, als Ersatzmitglied für Landesrat Dipl.-Ing. Freunschlag wurde Abgeordneter Fritz Schretter vorgeschlagen. Beide haben die erforderliche Stimmenanzahl; sie sind hiemit als Ersatzmitglieder gewählt. Ich gratuliere recht herzlich. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorschlag der ÖVP Landesrat Abgeordneter Robert Lutschounig: Abgegebene Stimmen 36, ungültige 17, gültige 19, die Wahlzahl ist 5. Herr Abgeordneter Robert Lutschounig ist zum Landesrat gewählt. Herzliche Gratulation. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Als Ersatzmitglied für Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto wurde Abgeordneter Dr. Herwig Hofer, als Ersatzmitglied für Landesrat Robert Lutschounig wurde Abgeordneter Johann Ramsbacher nominiert. Beide Ersatzmitglieder haben die erforderliche Stimmenanzahl; sie sind hiemit gewählt. Ich gratuliere.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

Unterrieder**5. Ldtgs.Zl. 10-1/27:****Angelobung der Mitglieder der Landesregierung und ihrer Ersatzmitglieder gemäß Art. 44 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten**

So wie der Landeshauptmann, haben auch die Mitglieder der Landesregierung das Gelöbnis vor dem Landtag zu leisten. Auf die Bundesverfassung werden sie ja vom Landeshauptmann angelobt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich ersuche Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und den Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.)*

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Die Gelöbnisformel lautet:

"Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen."

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Michael Ausserwinkler! *(LHStv. Dr. Ausserwinkler: Ich gelobe!)* Herr Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Matthias Reichhold! *(LHStv. Ing. Reichhold: Ich gelobe!)* Herr Landesrat Dr. Haller! *(Ich gelobe!)* Herr Landesrat Dipl.-Ing. Freunschlag! *(LR Dipl.-Ing. Freunschlag: Ich gelobe!)* Frau Landesrätin Karin Achatz! *(LR Achatz: Ich gelobe!)* Herr Landesrat Lutschounig! *(LR Lutschounig: Ich gelobe!)* Herr Abgeordneter Dr. Hofer! *(Abg. Dr. Hofer: Ich gelobe!)* Herr Abgeordneter Wedenig! *(Abg. Wedenig: Ich gelobe!)* Herr Abgeordneter Schwager! *(Abg. Schwager: Ich gelobe!)* Herr Abgeordneter Kollmann! *(Abg. Kollmann: Ich gelobe!)* Herr Abgeordneter Schretter! *(Abg. Schretter: Ich gelobe!)* Frau Abgeordnete Mag. Trunk! *(Abg. Mag. Trunk: Ich gelobe!)* Herr Abgeordneter Ramsbacher! *(Abg. Ramsbacher: Ich gelobe! - Die Anwesenden nehmen wieder ihre Sitze ein.)*

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Die Landesregierung ist damit gewählt, sie wird im Anschluß an die heutige Landtagsitzung im Obmännerkonferenzzimmer zusammentreten, um die Geschäftsverteilung durchzuführen.

Ich ersuche alle Mitglieder der Kärntner Landesregierung, ihr Amt im demokratischen Geiste zum Wohle unserer Bevölkerung auszuüben und wünsche jedem einzelnen dabei recht viel Glück und Erfolg.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6:

6. Ldtgs.Zl. 2-2/27:**Angelobung von Mitgliedern des Landtages nach Art. 22 der Landesverfassung für das Land Kärnten**

Hohes Haus! Durch die Mandatszurücklegung von zwei neugewählten Mitgliedern der Landesregierung, die zuvor Abgeordnete waren, sind weitere Mandate aufgrund des Wahlergebnisses vom 13. März 1994 als Mitglieder dieses Hohen Hauses nachgerückt und daher anzugeloben. Die restlichen Angelobungen werden in der nächsten Sitzung stattfinden. Es handelt sich um die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei.

Es sind dies heute für die ÖVP Abgeordneter Josef Bergmann und Abgeordneter Dr. Klaus Wutte. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze in der Abgeordnetenbank einzunehmen. Ich darf Sie, sehr geehrte Damen und Herren, bitten, sich zu erheben. Den Schriftführer bitte ich um die Verlesung der Gelöbnisformel. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.)*

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Die Gelöbnisformel lautet:

"Ich gelobe, für die Freiheit, den Bestand und die Wohlfahrt des Landes Kärnten und der Republik Österreich jederzeit einzutreten, die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen."

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Bergmann! (*Abg. Bergmann: Ich gelobe!*) Herr Abgeordneter Dr. Wutte! (*Abg. Dr. Wutte: Ich gelobe! - Die Anwesenden nehmen ihre Sitze wieder ein.*)

Ich begrüße die neu eingetretenen Abgeordneten und wünsche ihnen alles Gute in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit für die Menschen in unserem Bundesland Kärnten.

Nachdem es der Wunsch der FPÖ ist, die Nachnominierung das nächstmal vorzunehmen, ist auch die Nachwahl von Obmännern und Mitgliedern für die Ausschüsse für die nächste Sitzung vorgesehen. Ich darf daher nach § 40 Abs. 3 der Geschäftsordnung um die Absetzung des Tagesordnungspunktes 7 und die Vertagung auf die nächste Landtagssitzung ersuchen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke, das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 auf die nächste Sitzung vertagt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8. Ldtgs.Zl. 12-1/27:

Erklärung des neugewählten Landeshauptmannes

Ich darf Herrn Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto um seine Regierungserklärung bitten. (*Die Abgeordneten der FPÖ-Fraktion mit Ausnahme des Zweiten Präsidenten Mitterer verlassen den Sitzungssaal.*)

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Offensichtlich ist auch die heutige Landtagssitzung ohne sportliche Übungen über die Bühne zu bringen. Ich hoffe, daß dieser heutige Tag als Schlußakt einer politischen Episode, wie dieser Name schon ausdrückt, zwar vorübergegangen ist, aber auf keinen Fall nebensächlich war und, wie wir manchen Aussagen heute entnehmen konnten, vermutlich auch von der Auswirkung her noch etwas länger anhalten wird.

Ich sage ganz offen - und das sollte man nach diesen Wochen seit der Landtagswahl aussprechen -, daß alle drei politischen Parteien Fehler gemacht haben, die so von manchem Wähler mit Kopfschütteln quittiert worden sind. Es steht mir sicher nicht zu, als eine der handelnden Personen nun den Richter zu spielen, der hier verurteilt oder dort freispricht. Ich möchte daher auch von meinem Prinzip in Zukunft nicht abgehen, wenn wir das auch gerade heute etwas schwer fällt, das sage ich auch ganz ehrlich und offen. Dies deshalb, weil die Geschmacklosigkeit, mit der heute einige Kopfgänger wieder zum Halali geblasen haben, in mir ganz einfach auch Emotionen freigemacht hat.

Trotzdem aber, meine Damen und Herren Abgeordneten, Herr Präsident, geschätzte Regierungskollegen, bin ich davon überzeugt, daß der Weg der Gemeinsamkeit für Kärnten, wenn er auch momentan etwas getrübt scheint, der einzig richtige für dieses Land sein wird. Bei all den Gräben, die aufgerissen wurden, bei all den harten Worten, die gefallen sind, sind wir es unserem Land und seinen Bürgern schuldig, wieder aufeinander zuzugehen und Schritt um Schritt vertrauensbildende Zeichen und Maßnahmen zu setzen. Nur so wird es wieder gelingen, die politische Kultur auf jenes demokratische Niveau zu bringen, das uns das Miteinander auch in Zukunft sichert. Sie können mir glauben, daß mir gerade heute diese Worte nicht ganz leicht fallen.

Niemand muß deshalb seine ideologischen Grundsätze über Bord werfen, es gibt genug Probleme in Kärnten zu lösen, so daß alle Ideen und Vorschläge, die dem Land weiterhelfen, nicht nur eingebracht, sondern auch gemeinsam umgesetzt werden sollen. Allerdings, meine Damen und Herren, haben wir als demokratisch gewählte Vertreter des Volkes genau darauf zu achten, daß wir bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung den demokratischen Boden nicht verlassen. Wer hier die Grenzen bewußt überschreitet, ist Wegbereiter für längst überwunden geglaubte Staatsformen. Ich sage dies mit aller Deutlichkeit: Wir wollen und brauchen keine andere Staatsform als die Demokratie, nicht in Kärnten, nicht in Österreich, nicht in Europa.

Dr. Zernatto

In den letzten Wochen und auch in der heutigen Diskussion stand häufig die Funktion des Landeshauptmannes im Mittelpunkt. Selbstverständlich hat jeder der Spitzenkandidaten sein Anrecht auf diese Position angemeldet. des öfteren habe ich in den letzten Wochen hören müssen, es ginge mir nur um den Landeshauptmann. Meine Damen und Herren, weder Eitelkeit noch Machtfülle im Sinne von Parteipolitik sind meine Beweggründe gewesen. Vielmehr ist es die verantwortungsvolle und herausragende Rolle, die der Landeshauptmann von Verfassungen wegen zugesprochen bekommen hat. Einerseits hat er als Vorsitzender der Landesregierung dafür zu sorgen, daß das Land funktioniert und andererseits vertritt er das Land in staatsrechtlicher Hinsicht nach außen. Diese reale Machtfülle wird dadurch vervollständigt, daß er gleichzeitig Statthalter des Bundes für das Territorium des Bundeslandes und damit Chef der mittelbaren Bundesverwaltung ist. Die besondere Bedeutung dieses Amtes erfordert Kontinuität und Stabilität. Genau darin sehe ich meine Aufgabe.

Ich möchte auch weiterhin der Landeshauptmann für alle Kärntnerinnen und Kärntner sein, ein dynamischer und vor allem verlässlicher Manager des Landes. Ich bin bereit, für unser Land, das durch den Fleiß und den Verstand seiner Bewohner zu einem der schönsten und sichersten der Welt gehört, neue Impulse zu setzen. Von dieser Stelle lade ich alle positiven Kräfte ein, Kärnten im Herzen Europas zu einer offenen Stätte der Begegnung zu machen, zu einem Land, in dem sich Gäste und Einheimische gleichermaßen wohlfühlen, zu einem Land, in dem Wirtschaft und Arbeit sind, zu einem Land, in dem das Miteinander vor dem Gegeneinander steht, zu einem Land, in dem bei Auseinandersetzungen hoffentlich immer die Vernunft den Sieg davonträgt.

Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht um Phrasen, deren einzige Funktion es ist, die Seiten einer Regierungserklärung zu füllen. Hier geht es um Werte und Grundsätze, deren dauernde Sicherung unser gesellschaftliches Leben überhaupt erst ermöglicht. Um dieses Ziel, meine Damen und Herren, nämlich eine Gesellschaft in Freiheit und Frieden, zu erhalten,

bedarf es gemeinsamer Anstrengungen. Daß der Weg mitunter steinig ist, wissen wir alle. Es wird an uns allen liegen, diese Steine aus dem Weg zu räumen. Deshalb begrüße ich den fairen Wettstreit um die besseren Ideen für dieses Land und ersuche alle Demokraten, das Persönlichkeitsrecht jedes und jeder einzelnen zu achten und zu respektieren.

Bevor ich nun zu meiner eigentlichen Regierungserklärung komme, möchte ich allen ausgeschiedenen Landtags- und Regierungsmitgliedern für ihre Arbeit herzlich danken. Ich möchte hier einen besonders hervorheben, dem mein ganz besonderer Respekt gehört, vor allem durch seine Wortmeldung am heutigen Tag: Das ist Kollege Dr. Ambrozy. *(Starker Beifall der ÖVP- und der SPÖ-Fraktion sowie der Regierungsmitglieder dieser beiden Fraktionen)*

Gleichzeitig aber möchte ich die beachtliche Zahl der neuen Abgeordneten hier im Hause, sofern sie anwesend sind, herzlich begrüßen. *(Von der zu Beginn der Regierungserklärung aus dem Plenum ausgezogenen FPÖ-Fraktion ist nur Zweiter Präsident Mitterer im Saal verblieben.)* Im besonderen entbiete ich auch einen Willkommensgruß an die neuen Regierungsmitglieder: an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Michael Ausserwinkler, an Landesrat Dr. Dieter Haller und an Landesrat Robert Lutschounig. Im speziellen aber erwarte ich mir von der neuen Regierungsmannschaft, daß sie regiert - und nicht opponiert.

Die folgenden Schwerpunkte meiner Regierungserklärung stützen sich auf ein allgemeines Sachübereinkommen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Volkspartei. Ich bin jedoch auch davon überzeugt, daß die Freiheitliche Partei diesem Programm in vielen Punkten zustimmen wird können. Nachdem auch die Referatsaufteilung dem Wahlergebnis entsprechend erfolgen wird, gehe ich davon aus, daß zumindest in wichtigen Sachfragen eine Dreiparteieneinigung angestrebt werden kann. Als Landeshauptmann von Kärnten werde ich auf alle Fälle aktiv darauf hinarbeiten: so, wie mir dies auch bisher als Vorsitzender der Landesregierung gelungen ist, wo es möglich war, in einem Zeitraum vom 25. Juni 1991 bis zum 8. März 1994 64

Dr. Zernatto

Regierungssitzungen zu leiten und dabei 1.869 Beschlüsse zu fassen, wobei 95,5 % dieser Beschlüsse einstimmig über die Bühne gegangen sind. Genau diesen Weg, meine Damen und Herren, möchte ich auch fortsetzen. Dies nicht nur, weil die Landesverfassung eine Konzentrationsregierung vorsieht, sondern weil es meine Überzeugung ist, daß die Gemeinsamkeit der beste Weg für Kärnten ist.

Wie schauen nun die Eckpfeiler dieses Reformprogramms für Kärnten aus? Kernpunkt der nächsten Jahre wird auch weiterhin eine Budget-, Verwaltungs- und Wirtschaftspolitik sein müssen, die das Beschäftigteniveau anhebt und die Arbeitslosigkeit senkt. Die Kärntner Wirtschaft hat in den letzten Jahren eine schwierige konjunkturelle und strukturelle Phase durchlaufen. Die Zeichen verstärkten sich, daß in Europa und weltweit die Aufschwungtendenzen deutlich an Oberhand gewinnen. In dieser Phase ist es für unser Land wichtig, daß die Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik auch in der kommenden Gesetzgebungsperiode ein zentrales Thema bleiben muß. Im konkreten sind folgende Rahmenbedingungen notwendig:

Wir werden die Errichtung Industrie-, Gründer und Gewerbeparks in allen Kärntner Bezirken vorantreiben. Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Kärntner Regionen hat Priorität, und die Politik hat die Verpflichtung, günstige Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir werden die Zusammenführung aller mit Wirtschaftsförderungen betrauten Institutionen im Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds fortsetzen. Doppelgleisigkeiten in Fragen der Betriebsansiedlung und mangelhafte Ausschöpfung von Bundesförderungsmitteln kann sich ein derart kleines Land wie Kärnten nicht mehr leisten.

Weil wir alle wissen, daß die Klein- und Mittelbetriebe das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, werden wir sie auch weiter fördern. Auch jene, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, wenn sie positive Zukunftsaussichten haben. Nach dem Motto "Hilfe zur Selbsthilfe" werden wir gemeinsam mit den Kärntner Banken Rahmenbedingungen für die Kärntner Exportwirtschaft schaffen, die es ihr erleichtert, im Ausland Fuß zu fassen.

Wir werden Voraussetzungen schaffen, daß Kärnten an internationalen Forschungsprojekten der Europäischen Union teilnimmt; wie überhaupt Forschung und Entwicklung Schwerpunkte einer effizienten Wirtschaftspolitik sein müssen.

Wir werden auch Privatisierungen landeseigener Gesellschaften nicht nur diskutieren, sondern auch dort entscheiden, wo sie sinnvoll sind.

Kärnten, meine Damen und Herren, hat eine traditionell hohe Arbeitslosigkeit. Hier wird es großer gemeinsamer Anstrengungen bedürfen, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Sauberkeit und Ordnung am Arbeitsmarkt gehören ebenso dazu, wie die Arbeitsstiftung, die zukünftig auch als regionales Instrument zur Strukturverbesserung beitragen soll. Wir erwarten uns dadurch eine entscheidende Hilfe bei der Umstrukturierung von Betrieben. Ob es uns allerdings damit gelingt, zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu schaffen, hängt sehr wesentlich von der Bereitschaft der betroffenen Arbeitnehmer ab, sich umzuschulen und weiterzubilden.

Wir werden neue Schwerpunkte auf dem Gebiet der Regionalpolitik zu setzen haben. Einerseits sollen Regionen zukünftig durch Talschaftsverträge schadlos gehalten werden, wenn sie Einschränkungen zugunsten der Allgemeinheit auf sich nehmen müssen. Andererseits ergibt sich aus dem beabsichtigten EU-Beitritt Österreichs gerade für die Regionalpolitik im Rahmen der Zielgebietsförderung (Ziel-5-B; Ziel-2) eine große Chance. Der Förderungsspielraum, der sich dabei eröffnet, wird von uns intensiv ausgestaltet und genützt werden müssen. Das Geld liegt in Brüssel und muß quasi nur abgeholt werden.

Mit der Wirtschaft eng verbunden ist in Kärnten auch der Tourismus. Seine, in unserem Bundesland auch emotionelle Bedeutung findet hier den entsprechenden Stellenwert. Hier wollen wir vor allem die Verstärkung des Qualitätstourismus, wie auch bisher, in allen Bereichen unterstützen und dadurch dafür sorgen, daß Kärnten auch weiterhin ein Tourismusland mit Weltgeltung bleibt. Dazu wird es notwendig sein, daß das Land so etwas wie Geburtshilfe betreibt: bei der Schaffung von verbesserten Vermarktungs-

Dr. Zernatto

strumentarien auf Landes- oder Regionalebene, unter Zuhilfenahme vorhandener Vertriebsorganisationen. Das, was heute immer als Incoming-Gesellschaften diskutiert wird.

Wie schon bisher, wird auch weiterhin das Hauptaugenmerk auf die Schaffung bzw. Erhaltung und Verbesserung von Infrastrukturen liegen. Das alles wird unter Bedachtnahme auf das Sommerentwicklungskonzept bzw. das Wintererschließungskonzept erfolgen.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, steht natürlich auch die Erstellung des Budgets. Die Haushalte der vergangenen Jahre waren dadurch gekennzeichnet, daß die schlechte internationale konjunkturelle Situation durch wirtschaftsbelebende Finanzmaßnahmen gelindert werden konnte. Diese Form des Defizitpending war erfolgreich. Und ich stehe zu dieser Mehrverschuldung, weil sie bereits Zinsen getragen hat: in Form neuer Beschäftigungsrekorde und der Abnahme von Arbeitslosenzahlen in den sonst besonders kritischen Wintermonaten.

Aber bereits das laufende Budget trägt dem Gedanken der Konsolidierung und dem Sparwillen Rechnung. Diesen Weg werden wir unbeirrt fortsetzen. Wir brauchen ein Sach- und kein Gefälligkeitsbudget. Das bedeutet, daß wir das nächste Landesbudget in jedem Bereich, also auch im Pflichtbereich gründlich durchleuchten werden. Jede einzelne Förderung und Ausgabe ist auf ihre Notwendigkeit, vor allem aber auch auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Nur dann wird es möglich, die Nettodefizitquote auch tatsächlich zu senken.

Die Ausgleichszahlungen, welche aufgrund des vorgesehenen EU-Beitritts Österreichs unseren heimischen Bauern zugute kommen, werden allerdings außerordentliche Zahlungen sein, die aus der Budgetkonsolidierung ausgeklammert werden müssen.

Ein nicht geringer Umfang des Budgets, nämlich 6,7 %, steht für Sozialausgaben zur Verfügung. Hier werden wir um eine Neuorientierung nicht herumkommen. Ich werde auch dafür eintreten, daß das soziale Netz nicht zu einer Hängematte für jene wird, die sich auf Kosten echter Bedürftiger einen schönen Tag machen wollen. Jeder

ernst zu nehmende Politiker wird mit mir übereinstimmen, daß wir ein sicheres und faires soziales Netz brauchen. Aber die Maschen für dieses Netz müssen ständig überprüft werden. Sonst kann es nämlich leicht passieren, daß das gesamte Netz reißt, weil es einfach nicht mehr finanzierbar ist.

Einen weiteren Schwerpunkt im Rahmen der Ausgaben nimmt die Verwaltung ein. Wir brauchen Richtlinien und eine Organisation, die diese Richtlinien verwaltet, damit das Land funktioniert. Allerdings müssen wir immer wieder aufs Neue fragen, wie hoch der Preis dafür ist. Eine modernere Verwaltung, meine Damen und Herren, soll Partner für die Bürger sein. Sie muß dynamisch sein und sich daher ständig neuen Reformprozessen unterziehen. Der Grundsatz ist einfach: Weniger Verwaltung heißt weniger Staat und mehr Freiraum für den Bürger. Das muß der Bürger auf der Gemeinde-, auf der Landes-, aber auch auf der Bundesebene gleichermaßen spüren. Es wird daher Aufgabe der kommenden Legislaturperiode sein, die Verwaltung deutlicher als bisher in Richtung Dienstleistung, Bürgernähe und Serviceorientiertheit auszubauen. Flexibilität, Rationalisierung der Arbeitsabläufe, Verkürzungen der Instanzenzüge: das sind die neuen Herausforderungen für eine moderne Verwaltung. Hierzu bedarf es auch eines Überdenkens im materiellen Rechtsbereich oder, anders ausgedrückt, einer umfassende Rechtsbereinigung sowie ein Stopp der Gesetzesflut. Ausgangspunkt aller Verwaltung sind Gesetze und Verordnungen. Diese sind, wie wir alle wissen, der Bevölkerung zum Teil nicht nur gar nicht mehr bekannt, sondern sie werden ihrer immer mehr überdrüssig. Das Land Kärnten wird beweisen müssen - und dazu sind auch Sie, meine Damen und Herren, im Hohen Haus aufgefordert, daß es in Zukunft in der Lage ist, einen neuen Weg zu beschreiten. Ziel von Landtag und Landesregierung wird es daher nicht sein, wie man neue und weitere Normen schafft, sondern im Gegenteil: wie man auf die bestehenden durch bessere Lösungen verzichten kann. Keine Zustimmung werden von mir insbesondere jene Gesetzesentwürfe erhalten, die nicht auch eine spürbare Verwaltungsvereinfachung herbeiführen.

Dr. Zernatto

Der gleiche Grundsatz wird bei der Durchforstung bestehender Gesetzesmaterien gültig sein müssen. Ein Paradebeispiel in diesem Zusammenhang ist die Kärntner Bauordnung. Hier wird es zu einer weitgehenden Liberalisierung sowohl im gewerblichen als auch im privaten Bereich kommen müssen. Es ist zum Beispiel für niemandem im ganzen Land einsichtig, daß er auf seinem Grundstück für Kleinstbauwerke, und sei es auch nur eine Hundehütte, eine Genehmigungspflicht benötigt. Liberalisierung tut hier dringend not. Ebenso werden wir bei diesem Gesetz den Instanzenzug zu verkürzen haben. Das betrifft auch eine zeitlich begrenzte Entscheidungspflicht durch die Behörde.

Die vorhin genannten Überlegungen, meine Damen und Herren, sollten also die Voraussetzung dafür bilden, daß es in den nächsten Jahren nach Möglichkeit zu einem Aufnahmestopp im Bereich der Landesverwaltung kommen kann. Zur Verstärkung dazu wird es notwendig sein, daß alle Ressourcen innerbetrieblich auszuschöpfen sind. Ich werde der Landesamtsdirektion und der Personalabteilung den Auftrag erteilen, daß Rationalisierungsmaßnahmen durch Umschichtungen, Verbesserung der Ausstattung mit technischen Hilfsmitteln und Durchforstung der Aufgaben gesetzt werden.

Im übrigen wird die laufende Verwaltungsreform stetig fortgesetzt. So wird das laufende Controlling im Bereich der Straßen- und Brückenabteilung durch flankierende Maßnahmen weiter ausgebaut. Die Erfahrungswerte dieses Pilotprojektes werden auch für andere Bereiche der Wirtschaftsverwaltung, wie zum Beispiel für den Hochbau, zur Anwendung kommen.

Der Reformgeist, mit dem wir alle Bereiche der politischen Gestaltungsmöglichkeit durchfluten wollen, wird auch vor der Kärntner Gesundheitspolitik nicht haltmachen. Vor allem die Entwicklungen im Bereich der Landeskrankenanstalten werden zunehmend zu einem finanziellen Problem, auf das sich unser Hauptaugenmerk richten wird. Eine wirkungsvolle Verbesserung wird wohl nur im Zusammenhang mit einer generellen Strukturreform im Gesundheits- und Sozialwesen geschehen können. Wir brauchen

dazu ein Gesundheitsmanagement zur Koordination aller Gesundheitseinrichtungen wie der niedergelassenen Ärzte, der Krankenhäuser, der Sanatorien sowie der Gesundheits- und Sozialsprengel. Wir brauchen also eine neue Gesundheitspartnerschaft in diesem Lande, die uns den Sprung von der Krankenversorgung zur Gesundheitsvorsorge ebnet. Daß in diesem Zusammenhang der Einwurf gestattet ist, daß diese Kompetenzen an einen Mann übergehen, der hier Erfahrungen in ausreichendem Maße auch auf Bundesebene sammeln konnte, möchte ich nur der guten Ordnung halber erwähnen und bin daher überzeugt davon, daß wir uns hier sehr bald auf einem guten Weg befinden werden.

Letztlich dienen alle diese Maßnahmen dazu, mittelfristig mehr frei verfügbaren Spielraum bei der Budgetgestaltung bekommen, damit vernünftige und zukunftsorientierte Zielsetzungen überhaupt erst vorgenommen werden können. Nur dann wird es uns gelingen, die verfügbare Arbeit in diesem Lande so aufzuteilen, daß sie möglichst vielen Menschen ihre Existenz sichert.

Flexible Arbeitszeiten, Umschulungen und effizientere Arbeitsvermittlung sind nur am Rande Stichworte einer neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Verantwortung.

Einen besonderen Stellenwert im Rahmen unserer Gesellschaftspolitik hat - und hier sind wir uns, so glaube ich, alle einig - die Landwirtschaft. Ich sehe sie als einen integrierten Bestandteil der Wirtschaft. Auch der Bauer ist Unternehmer, und die bäuerlichen Leistungen reichen tief in die wirtschaftliche Tätigkeit unseres Landes hinein.

Folgendes ist für die Zukunft besonders wichtig: Nur eine florierende Wirtschaft wird auch imstande sein, jene Transferzahlungen, die zur Abgeltung der überbetrieblichen Leistungen der Bäuerinnen und Bauern notwendig sind, auch tatsächlich bereitzustellen. Ohne Zweifel muß es für unsere Bauern mehr Direktzahlungen geben. Den Weg, den die österreichische Agrarpolitik mit der Europäischen Union hier einschlagen wird, halte ich eindeutig für den besseren Weg, weil die Europäische Union das Produktionsniveau nicht nur aufrecht erhalten, sondern gerade

Dr. Zernatto

für unsere milch- und rinderorientierte Landwirtschaft in Kärnten erweitern kann. Müßten wir die Produktion drosseln, wie es die Ergebnisse des GATT vorsehen, dann könnten wir uns sogleich von dem Ziel der flächendeckenden Landwirtschaft verabschieden. Nur die Europäische Union läßt Förderungen für eine den ökologischen und bergbäuerlichen Verhältnissen gerecht werdende Landwirtschaft zu. Dieses Ziel kann sich Österreich alleine noch in Verbindung mit dem GATT finanziell leisten. Es wird selbstverständlich enormer Kraftanstrengungen erfordern, um die erforderlichen Budgetmittel für die Kärntner Bauern und Bäuerinnen zu mobilisieren. An meinem Einsatz für die Erhaltung jedes Kärntner Bauernhofes, sei es ein Haupt-, Neben- oder Zuerwerb, wird es jedenfalls nicht fehlen; nicht nur deshalb, weil ich bisher die Funktion des Agrarreferenten hier bekleiden durfte, sondern weil ich davon überzeugt bin, daß auch der neue Agrarreferent, dem ich zu seiner Wahl auch herzlich gratuliere, hier der Unterstützung seiner Kolleginnen und seiner Kollegen in der Kärntner Landesregierung bedürfen wird.

Ich sehe aber den EU-Beitritt für die Landwirtschaftspolitik noch weiter. Der bevorstehende Beitritt ist auch die Gelegenheit, daß grundlegende Reformen in der Landwirtschaftspolitik möglich werden. Von der Mentalität, daß es für alles und jedes eine Förderung gibt und daß es für jede, noch so kleine, wetterbedingte Beeinträchtigung eine Entschädigung gibt, wird man Abschied nehmen müssen. Viele liebgewonnene Strukturen, im wahrsten Sinne Heilige Kühe werden dabei neu zu überdenken sein. Auch dem Bauer als Unternehmer muß klar sein, daß er einen deutlich stärkeren Beitrag zu erbringen wird. Das beginnt bei der individuellen Vermarktung der eigenen Produkte, setzt sich fort über den Innovationsgeist eines jeden Betriebsführers und endet bei der neu zu findenden Solidarität und Gemeinschaft der Bauern untereinander.

Konkret wird in den nächsten fünf Jahren folgendes zu bewältigen und umzusetzen sein: Die landwirtschaftliche Beratung ist mit der landwirtschaftlichen Förderung wieder zu vereinigen, damit die Synergieeffekte, die hier

vorhanden sind, auch tatsächlich genutzt werden können. Es ist leider so, daß die Serviceeinrichtungen der bäuerlichen Bevölkerung nach wie vor unter der Zerschlagung der Kammer im Jahre 1976 leiden. Hier ist eine Reparatur durch eine grundlegende Kammerreform, die auch andere Bereiche einschließt, vorzunehmen. Die Bauern sind in Zukunft forciert in die Verantwortung und Selbstverwaltung von Förderungen einzubeziehen.

Das ist ein Weg, den wir mit dem Kärntner Kulturlandschaftsprogramm und den vor Ort agierenden Kulturlandvereinen bereits eingeleitet haben.

Ein Kärntner Höfeprogramm wird dafür sorgen, daß die bereits bestehende Hofübernehmerförderung durch weitere Maßnahmen abgerundet wird. Damit soll die Hofübernahme erleichtert werden.

Im Hinblick auf einen EU-Beitritt werden auch die Förderungssätze für die betriebliche Investitionsförderung zu spezialisieren sein.

Was die Abgeltung der vielen überbetrieblichen Leistungen der Landwirtschaft betrifft, sind wir in Kärnten bereits einen Schritt voraus. Das Kärntner Kulturlandschaftsprogramm ist jener Ansatzpunkt, der nunmehr über ein österreichisches Kulturlandschaftsprogramm unter Ausnützung der EU-Richtlinien zu einem grundlegenden Förderungsinstrument ausgebaut werden kann. Vorrangige Aufgabe der öffentlichen Hand bleibt die Schaffung von Infrastruktureinrichtungen. Das betrifft insbesondere das ländliche Wegenetz.

Um aber diese neuen Wege und die neuen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit einem bevorstehenden EU-Beitritt bestmöglich ausschöpfen zu können, werden wir auch darangehen müssen, einen Kärntner Agrarförderungsfonds einzurichten. Er wird unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten die effizienteste Verbindung von Beratungs- und Förderungsaufgaben bilden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, der geplante Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bewirkt nicht nur sinnvolle Reformen, sondern schafft bereits jetzt neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Kärnten hat nun auch die Chance, aus seiner geographischen

Dr. Zernatto

Randlage herauszukommen. Umso wichtiger ist in dieser Situation die Verbesserung der Infrastruktur vor allem im Verkehrsbereich.

Ausgehend von der Umsetzung des umfassenden Verkehrskonzeptes für Kärnten und hier insbesondere des Verkehrsverbundes ist die Verwirklichung von wesentlichen Straßenprojekten nach wie vor vorrangig. Zu oberst sei dabei die Schließung der Südautobahn zwischen Klagenfurt und Völkermarkt zu nennen, wobei es inzwischen bekanntlich gelungen ist, auf dem Verhandlungswege mit dem Wirtschaftsminister eine Einigung über die Trassenführung zu erzielen. Hohe Priorität genießen natürlich auch der Gailtalszubringer und der Ausbau der Drautal Bundesstraße, beides Kapitel in der unendlichen Geschichte.

Meine Damen und Herren, ebenso sollte der Meinungsbildungsprozeß zum Kreuzbergtunnel ehestens abgeschlossen werden. Die Überlegungen für eine Autobahnanbindung des Unterkärntner Raumes müssen nun endlich in eine konkrete Planungsphase übergehen.

Im Verkehrsbereich kommt aber andererseits der Bahn eine vor allem umweltpolitisch bedeutende Rolle zu. Dabei wird es darum gehen, die strukturellen Verbesserungen der Südbahn zur Hochleistungsstrecke mit Vehemenz voranzutreiben. Dies vor allem mit der von uns gewünschten Realisierung des Semmeringbasistunnels. Schritt um Schritt müssen aber gleichzeitig Maßnahmen zur Bahnlärmverringering, insbesondere in Tourismusgebieten, forciert werden.

Es wird aber auch notwendig sein, daß sich das Land zu den Nebenbahnen bekennt, und zwar dann, wenn ihre Weiterführung im Einklang mit wirtschaftlichen und regionalpolitischen Überlegungen steht.

Für das Zukunftsprogramm Südostspange sind nun zügige Aufklärungs- und Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, wobei auch über alternative Korridore im Mittelkärntner Raum nachgedacht werden sollte. Ich denke hiebei an eine wesentlich verbesserte Trassenführung im Wörtherseebereich.

Besonders rasche Entscheidungen werden aber auf dem energiepolitischen Sektor zu treffen sein. So muß es z. B. zu einer Kärntner Lösung

für die KELAG kommen. Dieses größte Kärntner Energieunternehmen muß zu einer modernen und schlagkräftigen Energiegesellschaft umgestaltet werden. Die KELAG sollte sich auch um andere Geschäftsfelder, wie z. B. um Bereiche der Abfallwirtschaft, kümmern. Eine Reform der KELAG kann jedoch nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß auch in Zukunft die Entscheidungen über die Energiepolitik dieses Unternehmens in Kärnten getroffen werden. Wenn wir die ständigen Auseinandersetzungen über Krsko verfolgen, wird uns einmal mehr klar, was es bedeutet, das sogenannte Weiße Gold sein Eigen zu nennen.

Kärnten wäre schlecht beraten, sich nicht klar und deutlich zur Wasserkraft zu bekennen. Der zweistufige Ausbau der oberen Drau in der nun vorliegenden Öko-Variante hat absolute Priorität, wie es überhaupt notwendig sein wird, das Kärntner Energiekonzept auf der Basis der energiewirtschaftlich geänderten Gegebenheiten entweder zu adaptieren oder neu zu interpretieren.

Selbstverständlich bekennen wir uns zur verstärkten Förderung von alternativen Energieformen, wie z. B. der Biomasse oder der Sonnenenergie.

Meine Damen und Herren, unter der Voraussetzung, daß wir den von uns erarbeiteten Lebensstandard halten wollen - und davon gehen wir aus -, werden Energie und Umwelt immer mehr zu Partnern werden müssen. Gerade das Thema Umwelt hat bei allen Bürgern schon seit Jahren einen hohen Stellenwert und es gibt gerade in Kärnten sehr viele positive Beispiele, auf die man hinweisen kann. Doch auch in dieser Richtung gilt es, mit neuen Vorschlägen anstehende Probleme zu lösen. Wir werden z. B. bei öffentlichen Auftragsvergaben verstärkt den Einsatz moderner und umweltfreundlicher Technologien fördern.

Ein besonderes Problem ist in diesem Rahmen anzusprechen, das sowohl Bürger wie auch Gemeinden im gleichen Maße betrifft. Ich spreche von der Unterversorgung Kärntens bezüglich der Kanalsituation. Dabei werden wir mit einem mittelfristigen Finanzierungskonzept einen gangbaren Weg einschlagen müssen, der sowohl

Dr. Zernatto

der Umwelt als auch der Finanzierungsproblematik entsprechend Rechnung trägt.

Des weiteren wird in Bälde die Festlegung der noch offenen Kärntner Deponiestandorte erfolgen, weil es einfach dringend notwendig ist, dazu einen klaren Standpunkt zu beziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kärnten ist ein Land, in dem man sich gerne aufhält. Dieser Meinung sind nicht nur Millionen von Touristen, sondern das wissen wir Kärntnerinnen und Kärntner auch selbst. Ein zentraler Bestandteil dieses Lebensgefühls sind aber die eigenen vier Wände, in denen man sich wohl fühlt. Deshalb werden wir die in den letzten Jahren massiv gesteigerten Wohnbauaktivitäten ungebremst fortsetzen. Einerseits decken wir damit die dringenden Bedürfnisse Tausender Kärntner Familien und andererseits haben sich die Wohnbauaktivitäten auch im Arbeitsmarkt überaus positiv niedergeschlagen.

Die deutliche Anhebung der Förderung für Wohnraumsanierung und -revitalisierung wird in dieser Legislaturperiode einen besonderen Stellenwert haben. Wir wollen damit zwei Dinge erreichen: Erstens geht es uns dabei um die Erhaltung bestehender Bausubstanzen und zweitens um ein Anliegen, um das wir alle gemeinsam schwer ringen, die Raumordnung, weil wir alle nicht länger zusehen können, wie der Landschaftsverbrauch in Kärnten weiter rasant zunimmt.

Wir werden im Bereich der Förderung auch der behindertengerechten Gestaltung sowie der gerechteren Vergabe von Wohnbauförderungskrediten verstärktes Augenmerk schenken.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Zukunft Kärntens liegt aber vor allem in den Händen unserer Jugend. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind die zentralen Ankerpunkte, die unsere Wettbewerbsfähigkeit garantieren und damit auch zukünftig mithelfen, Arbeitsplätze zu sichern. Vorrangiges Ziel ist nun die Errichtung von Fachhochschulen mit dem Beginn in Spittal an der Drau.

Wir werden auch alle Anstrengungen unternehmen, den räumlichen Ausbau und die Sicherung

des Bestandes der Universität Klagenfurt zu gewährleisten. Dazu gehört auch eine verbesserte Infrastruktur, wie der bereits beschlossene Bau von Studentenheimen. Als besondere Maßnahme unter dem Motto "Talente zurück nach Kärnten" werden wir Kärntner Studenten und Studienabgänger vor allem der technischen Universitäten Österreichs betreuen und ihnen den Berufseinstieg in Kärnten schmackhaft machen.

Es muß uns auch gelingen, den Lehrberuf interessanter zu machen und aufzuwerten. Einerseits - und das sage ich hier auch ganz offen - ist das eine Frage des Lohnes, andererseits aber auch der verbesserten Ausbildung. Deshalb wollen wir alles unternehmen, um die Berufsschulen in ihrer Qualität weiter zu steigern und den Polytechnischen Lehrgang zu reformieren.

Wir bekennen uns auch dazu, die unterstützenden Maßnahmen für private Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen je nach finanziellen Möglichkeiten weiter fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang - und das bedarf keines besonderen Kommentares mehr - werden wir die Objektivierung bei der Schulleiterbesetzung für Kärnten selbst regeln, um damit bereits bald eine Lösung zu erreichen, die eventuell eine bundesweite vorwegnimmt.

Meine Damen und Herren, Kärnten liegt im Schnittpunkt dreier Kulturen und daher auch im Schnittpunkt dreier Sprachen. Nicht nur deshalb wird es ein übergeordnetes bildungspolitisches Ziel sein, die Anhebung der Fremdsprachenkenntnisse in allen Bildungs- und Qualifikationsbereichen anzustreben.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kärnten ist Vielfalt. Wir beweisen das auch in unserem Kulturverständnis. Die Kärntnerinnen und Kärntner sind heimatverbunden, weltoffen und tolerant zugleich. Deshalb werden wir auch weiterhin an einem offenen und geistig freien Kulturklima arbeiten, in dem die Dialogfähigkeit zwischen Traditionellem und Neuem, zwischen Volkskultur und Avantgarde ausgebaut wird.

Daneben gibt es natürlich auch profane, aber dafür nicht weniger wichtige Dinge im Kulturbereich zu erledigen. Man denke an die Realisierung des Landesarchives, an weitere

Dr. Zernatto

Bauvorhaben im Bereich des Museums oder des Konservatoriums. In diesem Zusammenhang ist vor allem auch das Stadttheater zu erwähnen, welches von den Kärntner Kulturinteressierten im immer größeren Ausmaß besucht wird.

Selbstverständlich werden wir die bereits geplanten und terminlich fixierten Landesausstellungen, beginnend mit Hüttenberg, zur Durchführung bringen. Sie werden nicht nur Visitenkarte unseres Bundeslandes sein, sondern auch sehr wesentlich zur wirtschaftlichen Stärkung der jeweiligen Region beitragen.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß wir im nächsten Jahr drei besondere Jubiläen zu feiern haben. Die gilt es, sehr gewissenhaft vorzubereiten. An erster Stelle ist die 75jährige Wiederkehr des Tages der Kärntner Volksabstimmung zu nennen, wobei wir uns gemeinsam auf ein Fest der Begegnung von und für alle Kärntner freuen. Im gleichen Jahr feiern wir auch den 50. Geburtstag der Zweiten Republik und das 40. Jahr der Unterzeichnung des Staatsvertrages. Auch dieser beiden Ereignisse gilt es, in geeigneter Form zu gedenken.

An dieser Stelle möchte ich aber auch den Willen der Regierung zum Dialog mit der slowenischen Volksgruppe zum Ausdruck bringen. Eine Erleichterung, das führe ich hier der guten Ordnung halber an, wäre auf alle Fälle ein demokratisch legitimierter Ansprechpartner. Dies sollte auch in dieser Legislaturperiode unser gemeinsames Ziel sein.

Reformen sollen aber auch im Bereich der Sportförderung Platz greifen. Es wird ein Sportstättenkonzept geben, in dem die regionalen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Durch eine verstärkte Öffnung der Turnsäle außerhalb der Schulzeiten wollen wir der Kärntner Bevölkerung und den Kärntner Vereinen geeignete Räumlichkeiten zur sportlichen Betätigung zur Verfügung stellen. Wir legen aber auch ein klares Bekenntnis zur Bewerbung um die Olympischen Winterspiele im Jahre 2002 ab und werden die Proponenten dabei unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Beitritt zur Europäischen Union öffnen sich für uns die Tore zu Europa, das für Kärnten bereits

vor der Haustüre beginnt. Gerade das bedeutet für unsere Produkte, seien sie aus der Landwirtschaft, aus der Forstwirtschaft oder aus dem übrigen Wirtschaftsbereich, einen besonderen Vorteil. Darüber hinaus erhält auch der ländliche Raum eine große Chance. Mit geeigneten Entwicklungskonzepten und -programmen können Regionalförderungen von Brüssel mobilisiert werden. Der Kärntner Anteil wird mehrere hundert Millionen Schilling betragen können, sofern wir in der Lage sind, die entsprechenden Projekte vorzulegen und zu präsentieren. Die sinkenden Konsumentenpreise, verursacht durch die günstigeren Grundnahungsmittel, werden uns allen zugute kommen. Aber auch die Wirtschaft wird von der Entlastung im Bereich der Grenz- und Abfertigungsformalitäten profitieren können.

Der Sinn und Zweck der Europäischen Union hört allerdings nicht bei der Wirtschaft auf. Gerade Kärnten liegt in unmittelbarer Nähe zu einem der größten Krisenherde Europas. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union wird Kärnten ein Teil der größten und stabilsten Friedenszone, die es jemals in Europa gegeben hat. Der Friede und die Sicherheit in Kärnten wird damit zu einem europäischen Anliegen.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen, meine Damen und Herren: Die Europäische Union ist sicherlich kein Schlaraffenland und sie bringt nicht nur Vorteile. Die Folgen eines Nichtbeitrittes Österreichs allerdings würden der Wirtschaft Konkurrenz Nachteile bringen, die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort würde leiden, es gäbe kein zusätzliches Wirtschaftswachstum und auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Ebenso könnten die Konsumenten nicht von der Senkung des Preisniveaus profitieren und vor allem würde die Sicherheit gerade hier im Grenzbereich Kärntens zu einem dauerhaften Problem.

EU-Beitritt ja oder nein, meine Damen und Herren, das ist eine Frage der Güterabwägung. Bei Abwägung aller Vor- und Nachteile komme ich zum Schluß, daß wir uns in der Europäischen Union besser behaupten können als gegen die Europäische Union.

Summa summarum: Europa würde auch ohne uns mit allen Konsequenzen stattfinden. Europa

Dr. Zernatto

hat kürzlich ein eindeutiges Ja zu Österreich gesagt. Nehmen wir diese ausgestreckte Hand entgegen und sagen wir am Sonntag eindeutig ja zu Europa. (*Beifall im Hause.*)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie alle haben meine Arbeit als Landeshauptmann in den letzten drei Jahren mitverfolgen können. In allen meinen Bestrebungen habe ich versucht, stets die Menschlichkeit und das Miteinander in den Vordergrund zu stellen. Diesen Weg möchte ich auch in Zukunft fortsetzen. Deshalb biete ich die Zusammenarbeit auch jenen an, die sich aufgrund der jüngsten Ereignisse im Moment noch ausgeschlossen fühlen. Zur Umsetzung aller dieser sachpolitischen Schwerpunkte für Kärnten brauchen wir einfach das Zusammenführen aller positiven Kräfte. Dies vor allem auch deshalb, weil es in manchen Bereichen, in denen der Reformgeist noch nicht Platz gegriffen hat, zu durchaus schmerzlichen Veränderungen kommen wird. Jedoch unser gemeinsames Ziel, meine Damen und Herren, ein offenes Kärnten im neuen Glanz mitten im Herzen Europas, sollte eine Zusammenarbeit über alle ideologischen Barrieren hinweg ermöglichen.

Ich möchte mein Heimatland Kärnten im vollen Bewußtsein dieser einmaligen Chance in eine neue Ära führen. Kärnten befindet sich in diesen bewegten Zeiten auf dem richtigen Weg. Die Kärntnerinnen und Kärntner sind mit Kreativität und vollem Tatendrang bereit, die Herausforderung und die Chance Europa anzunehmen. Gefordert sind jetzt Kraft, Mut und Einsatz. Beherrigen wir diese Eigenschaften und gehen wir mit Zuversicht gemeinsam mit Österreich in ein besseres Jahrtausend in die Europäische Union. Tragen wir, meine Damen und Herren, gemeinsam die Verantwortung für dieses unser geliebte Kärnten. Optimismus und Zuversicht sollen dabei unsere Wegbegleiter sein. Es lebe unsere Kärntner Heimat! Ich danke schön. (*Anhaltender Beifall im Hause.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Die ordentliche Bestellung der Landesregierung, beginnend mit der Wahl des Landeshauptmannes und endend mit der Regierungserklärung des neuen Landeshauptmannes, ist die Grundlage dafür, daß eine ordentliche Arbeit oder eine geordnete Arbeit in der Landesverwaltung stattfinden kann. Die Debatte zur Erklärung des neugewählten Landeshauptmannes findet in der nächsten Sitzung am 16. 6. 1994, beginnend um 10 Uhr, als erster Tagesordnungspunkt statt.

Bevor wir zur Mitteilung des Einlaufes kommen, kommen wir noch zur Mitteilung einer Klubanzeige. Ich darf den Schriftführer bitten.

Klubanzeigen:

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Klubanzeige der ÖVP lautet:

**Ldts.Zl. 12-3/27:
Klubanzeige der ÖVP**

Die gewählten Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei haben sich gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages zum Klub der ÖVP-Abgeordneten zusammengeschlossen. Dies wurde bereits angezeigt. Nun tritt folgende Änderung ein:

Anstelle von Dr. Christof Zernatto nun Josef Bergmann und anstelle von Robert Lutschounig nun Dr. Klaus Wutte.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich darf nun um Mitteilung des Einlaufes bitten.

Mitteilung des Einlaufes

Stenographisches Protokoll

Anträge von Abgeordneten:

Schriftführer Direktor **Dr. Putz:**

Der Einlauf der heutigen Landtagssitzung umfaßt 15 Anträge von Abgeordneten, die sich geschäftsordnungsgemäß in den letzten Sitzungen angesammelt haben.

1. Ldtgs.Zl. 15-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:
Dem Entwurf eines Kärntner Landesrechnungshofgesetzes wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten.**

2. Ldtgs.Zl. 16-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:
Unvorgreiflich der jeweils zu beschließenden Landesvoranschläge bekundet der neu gewählte Landtag seine Bereitschaft, bei einem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Sinne der Sicherung der Einkommen der bäuerlichen Betriebe in Kärnten die notwendigen budgetären Vorkehrungen dafür zu treffen, damit der sich aus dem EU-Strukturfonds und den Bundesmitteln ergebende Förderungsspielraum bestmöglich für Kärntens Bäuerinnen und Bauern genützt wird. Im besonderen bekennt sich der Kärntner Landtag dazu, die anteiligen Landesmittel für die EU-Ausgleichszulage, Mutterkuhprämien, Förderung nach Umweltrichtlinie 2078/92, einzelbetriebliche Investitionsförderung, Umsetzung der Sektorpläne und Maßnahmen von Erzeugergemeinschaften, Zielgebietsregionalförderung sowie für ein Kostenentlastungsprogramm im erforderlichen Ausmaß bereitzustellen.

Zuweisung: **Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft.**

3. Ldtgs. Zl. 17-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:
Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Rettungsdienstförderungsgesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

4. Ldtgs. Zl. 50-2/27:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:
Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß die gesetzlichen Voraussetzungen zur Durchführung einer Landeshauptmann-Direktwahl ehebaldigst geschaffen werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

5. Ldtgs. Zl. 20-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:
Dem Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung der Beteiligungen des Landes Kärnten an Unternehmen (Kärntner Beteiligungs-Verwaltungsgesetz) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: **Finanz- und Wirtschaftsausschuß**

6. Ldtgs. Zl. 34-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:
Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle des Kärntner Objektivierungsgesetzes

Dr. Putz

vorzulegen, wonach allen Bewerbern in den Landesdienst Parteistellung zuerkannt wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

7. Ldtgs. Zl. 35-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu treffen, daß sich die Mitglieder des Bundesrates bei Landtagssitzungen an der Debatte über den materiellen Inhalt eines Verhandlungsgegenstandes beteiligen können.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

8. Ldtgs. Zl. 36-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen dahingehend zu setzen, daß die Dienststellen der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften etc. für den Parteienverkehr einmal in der Woche bürgerfreundliche Öffnungszeiten im Rahmen der normalen Dienststellenverpflichtung anbieten.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

9. Ldtgs. Zl. 37-1/27:

Antrag aller Abgeordnete des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages in der Weise vorzulegen, daß die Abhaltung einer "Aktuellen Stunde" auf Antrag eines Klubs oder von mindestens fünf Abgeordneten in jeder Landtagsitzung stattfinden kann.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

10. Ldtgs. Zl. 38-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle des Kärntner Unvereinbarkeitsverfahrensgesetzes in der Form vorzulegen, daß die Präsidenten, Vizepräsidenten und Kammeramtsdirektion der öffentlichen Kammern von einer Vertretung im Kärntner Landtag sowie in der Kärntner Landesregierung ausgeschlossen sind.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

11. Ldtgs. Zl. 37-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept für eine Ausstellung von Werken der bedeutendsten Kärntner Maler der Gegenwart und Vergangenheit in den Räumen des Stiftes Eberndorf mit dem Titel "Kärnten als Malerwinkel Europas" vorzulegen.

Zuweisung: **Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

12. Ldtgs. Zl. 40-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Verbesserung des Berufsbildes "Facharbeiter" bzw. "Facharbeiterin" eine Kärntner Kommission einzusetzen, welche sich aus je einem Vertreter folgender Organisationen zusammensetzt: Universität für Bildungswissenschaften, Handelskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, Gewerkschaft, Jugendorganisation und der im Landtag vertretenen Parteien sowie des Landesschulratspräsidenten.

Dr. Putz

Zuweisung: **Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

13. Ldtgs. Zl. 41-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen dahingehend zu treffen, daß dem Kärntner Abwehrkämpferbund und seiner Bedeutung und der vom Verein organisierten Aktivitäten entsprechende Förderung zukommt.

Zuweisung: **Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

14. Ldtgs. Zl. 42-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine zentrale Wohnungskartei für Behinderte einzurichten.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

15. Ldtgs. Zl. 48-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in den bevorstehenden Budgetverhandlungen für das

Jahr 1995 dafür Sorge zu tragen, daß für den Kärntner Blasmusikverband ausreichend finanzielle Mittel durch das Land Kärnten vorgesehen werden, damit auch in Zukunft der Kärntner Blasmusikverband die bisher hervorragende Arbeit für Kärntens Musik-, Brauchtums- und Kulturpflege im gewohnten Umfang fortsetzen kann.

Zuweisung: **Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich danke dem Schriftführer für die Mitteilungen des Einlaufes und darf feststellen, daß wir genug Debattenmöglichkeiten haben werden, so daß wir in den Ausschüssen über all diese vielen Anträge bei vieler Arbeit einiges diskutieren können, in welcher Form diese Anträge dann weitergebracht werden.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf abschließend wirklich meiner Freude Ausdruck geben, daß wir am Boden der Landesverfassung alle Organe, den Landeshauptmann und auch die Regierungsmitglieder, gewählt haben und jetzt die gewohnte Arbeitsmöglichkeit besteht. Das war heute ein historischer Tag, nachdem es vieler Versuche bedurfte, bis wir zu dem Status gekommen sind, den wir jetzt erreicht haben. Allen Damen und Herren Abgeordneten, die daran mitgewirkt haben, ein recht herzliches Danke! Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 14.47 Uhr